:antifaschistische nachrichten Nr. 15

g 3336 27.7.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Extrem viel rechtsextreme Gewalt

BERLIN. Im Mai wurden bundesweit 1177 rechtsextreme Straftaten registriert, darunter 88 Gewalttaten. Das geht aus der Antwort des Innenmnisteriums auf die monatliche Anfrage der Abgeordneten Petra Pau (Fraktion Die Linke.) hervor. Die ausgewiesenen Zahlen stellen einen langjährigen Rekord dar. Sie bedeuten im statistischen Schnitt: Alle zwei Stunden werden drei rechtsextremistische Straftaten registriert und täglich gibt es fast drei rechtsextremistische Gewalttaten und mindestens so viele Opfer. Da es sich um vorläufige Zahlen handelt, liegt die Dunkelziffer noch weitaus höher. Die detaillierte Statistik ist unter www.petrapau.de einzusehen. *Petra Pau, MdB, 14.7.06* ■

Verbot der Heß-Kundgebung bestätigt

Die für den 19. August geplante Gedenkveranstaltung von Neonazis für Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß bleibt verboten. Das Verwaltungsgericht Bayreuth bestätigte damit eine Entscheidung des Landratsamtes Wunsiedel. Es bestehe eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit, da eine Straftat drohe, meinten die Richter. Seit März 2005 ist die Verletzung der Würde der NS-Opfer strafbar. Dies sei der Fall, wenn Heß als „Märtyrer des Friedens“ dargestellt werde. Das Täter-Opfer-Verhältnis werde geradezu auf den Kopf gestellt, „da einer der maßgeblichen Repräsentationsfiguren des Dritten Reiches selbst als Märtyrer und Opfer dargestellt wird“. Damit werde die Würde der Opfer in nicht hinnehmbarer Weise beeinflusst, betonte das Gericht.Gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Bayreuth kann Beschwerde beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München eingelegt werden. Im vergangenen Jahr hatten alle Gerichte einschließlich des Bundesverfassungsgerichts die Auffassung des Landratsamtes Wunsiedel bestätigt und die Heß-Gedenkkundgebung verboten. *Quelle: Mittelbayer. Zeitung 21.7.2006, aktuelle Infos: www.ns-verherrlichung-stoppen.tk* ■

Aus dem Inhalt:

Französische Rechte hat Schwierigkeiten mit der Nationalmannschaft . .10

Kein Schlussstrich per Schlusspfiff!

Interview mit Peter Gingold, Bundessprecher der VVN-BdA, zu Fragen von Patriotismus und Internationalismus nach der Fußball-WM

Die WM ist zu Ende. Siehst Du mit dieser Fifa-Weltmeisterschaft ein gefährliches Anwachsen des Nationalismus, hat nun das nationalistische Gedankengut der Neonazis „Ich bin stolz eine Deutscher zu sein“ einen mächtigen Auftrieb?

Natürlich waren die meisten Deutschfahnenschwenker keine Nationalisten. Es war da diese Freude am Spiel, die Identifikation mit der Nationalmannschaft, wie wir sie in allen Ländern, aber auch in den Fußballgemeinden der deutschen Großstädte kennen: Die Freude an unserer Mannschaft, ob nun in der Stadt oder im Land. Das war eher Love-Parade, Karneval, raus aus dem Alltagsleben.

Also Entwarnung? Da war nur Partyotismus, wie manche Beobachter es nannten, weniger Patriotismus?

Dies auch nicht. Denn zusätzlich kräftig von den Medien gestärkt wurde das, was längst da war: Die Kampagne für die deutsche Leitkultur, die Kampagne von Prominenten „Du bist Deutschland“. Man wollte volksgemeinschaftliche patriotische Gefühle wecken, sich zu diesem Deutschland zu bekennen. Das wurde natürlich mit der WM gefördert, das Wir-Gefühl, wir in einer Volksgemeinschaft, endlich ohne Beklemmung sich zu Deutschland zu bekennen. Und dann, immer wieder das Deutschlandlied zu singen, doch nun stolz sein zu können, ein Deutscher zu sein. Das muss schon Beklemmung auslösen.

Aber knüpft das nicht an ein verständliches wachsendes Bedürfnis vieler Menschen an, in einer Gemeinschaft Geborgenheit zu empfinden angesichts von diffusen und tatsächlichen Bedrohungen?

Ja, die Globalisierung wird als Bedrohung empfunden. Es gibt das Gefühl, beherrscht zu sein von einer Fremdbestimmung, von einer anonymen europäischen Macht. Da will man im eignen Land, in seiner Nation geborgen sein. Natürlich hat die WM dem einen neuen Auftrieb gegeben, wenn auch nicht alles nachhaltig sein wird nach Rückkehr in den tristen Alltag

Wie sollten die Linken, die Antifaschisten, die VVN-BdA dem Rechnung tragen?

Foto: www.arbeiterfotografie.com

Wir dürfen uns jetzt nicht in unserer Reaktion in die Ecke der „Antideutschen“ drängen lassen. Diese Losung „Nie wieder Deutschland“, das kann nicht die unsere sein. Deutschland ist eine Realität. Wir gehören zu diesem Land, wir haben in ihm Verantwortung zu tragen. Wir sollten eine positive Antwort geben, wie wir zu Deutschland stehen. Antwort auf diese Frage wird mir immer wieder von Jugendlichen abverlangt. Wenn wir uns nicht ins Abseits gestellt sehen wollen, dann stellen wir uns der Frage, was für uns das eigene Land bedeutet, in dem wir leben und kämpfen, was für uns national und nationalistisch ist, wie wir mit dem Begriffen Vaterland, Vaterlandsliebe, Heimatliebe und Patriotismus umgehen..

Und wie antwortest Du auf Deinen vielen Veranstaltungen? Auch in der WM-Zeit hast Du ja vor Jugendlichen gesprochen, die sind durchaus zahlreich erschienen.

Zunächst halte ich den „Antideutschen“ immer wieder entgegen: Von Karl Liebknecht kam nicht der Spruch: „Der Feind ist das eigene Land“. Sondern: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“. Das heißt, alles Reaktionäre, die Kriegstreiber im eigenen Land zu bekämpfen. Oft werde ich gefragt, wie konntest Du in dieses Land wieder zurückkehren, gleich nach der Befreiung, nach all dem, was dies der Welt, der jüdischen Bevölkerung angetan hatte, - fast meine gesamte Verwandtschaft wurde ja ausgerottet, vor jenem Deutschland musste ich damals mein zweijähriges Kind verstecken. Ich bin deshalb zurück gekommen, um mit allen anderen überlebenden Opfern mitzuhelfen, damit ein anders Deutschland entsteht, wie es Johannes R. Becher und Bert Brecht in ihren

Fortsetzung Seite 3

„Kein Kriegs- und Holocaustgequatsche“: Stefan Becker zum Rücktritt gezwungen

WILHELMSHAVEN. Rücktritt von Stefan Becker: Der Chefredakteur und Herausgeber des Wilhelmshavener Stadtmagazins „Scout“ nahm in seiner Funktion als Vorsitzender des Vereins Radio Jade den Hut; Radio Jade ist bereits regelmäßig auf Sendung. Zuvor waren seine Aussagen in einem der „Scout“-Editorials heftig kritisiert worden. Zum Rücktritt forderte zum Beispiel der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), Michael Konken, auf.

Stefan Becker hatte vor dem Hintergrund der Fußball-Weltmeisterschaft an die Adresse von Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrates der Juden, formuliert: „Wir wollen kein Kriegs- und Holocaustgequatsche bei unserer WM. Wir wollen begeisternden Fußball sehen; wir wollen gute Gastgeber sein.“ Später hatte der Chefredakteur seine Äußerungen abgeschwächt und geschrieben: „Endlich braucht man sich nicht mehr zu verstecken, nur weil man Deutschland und seine Fußballnationalmannschaft liebt.“ Und weiter: „Ohne vergessen zu wollen, was zwei Generationen vor mir passiert ist, ist es endlich an der Zeit, auch die alten Patriotismus- und Nationalstolz-Debatten verblassen zu lassen. Meine Generation und die neue Generation haben keine Lust mehr auf falsche Zurückhaltung in diesem Bereich.“

Thomas Klaus ■

Nazis sagen Aufmarsch ab

MANNHEIM. Für den 15. Juli 2006 wurde von bekannten Aktivisten der hiesigen Naziszene eine Demonstration unter dem Motto „Stoppt die Kumpanei zwischen Stadt und militanten Autonomen, keine öffentlichen Gelder für das JUZ Mannheim“ in der Mannheimer Neckarstadt mit einer geplanten Zwischenkundgebung am Neuen Messplatz, in unmittelbarer Nähe des Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr“, angemeldet. (siehe AN 14-06)

Der geplante Aufmarsch des „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ am 15. Juli fand dann aber so nicht statt. Nachdem den Nazis die ursprünglich angemeldete Route vom Neuen Messplatz zum Alten Messplatz und zurück vom Ordnungsamt Mannheim nicht genehmigt wurde (vor allem wurden Sicherheitsbedenken geltend gemacht wegen dem gleichzeitig stattfindenden Fest der Kulturen am Alten Messplatz), haben die Nazis ihre Anmeldung zurückgezogen. Sie haben die vom Ordnungsamt vorgeschlagene Option – Alternativ-Demo in MA-Käfertal nicht wahrgenommen.

Das Mannheimer Aktionsbündnis gegen Rechts war bereit und hatte zu Gegenaktionen aufgerufen. Nachdem die Nazis ihre Demonstration abgesagt haben, waren die Gegenaktionen hinfällig.

scr ■

Den Opfern ihre Namen zurückgegeben – „Stolpersteine“ jetzt auch im Internet

KÖLN. Wahrscheinlich sind sie nicht nur Kölner(inne)n ein Begriff: die „Stolpersteine“, die der Künstler Gunter Demnig zum Gedenken an die Opfer des Faschismus an deren früheren Lebens- oder Sterbeorten verlegt. 1.400 sind es mittlerweile in Köln – und obwohl damit noch lange nicht alle Naziopfer aus Köln dem Vergessen entrissen werden konnten, macht auch die jetzige Zahl betroffen.

In der vergangenen Woche wurde vom NS-Dokumentationszentrum eine Datenbank der Öffentlichkeit vorgestellt, in der Interessierte sich über alle in Köln verlegten „Stolpersteine“ (und vor allem die hinter ihnen stehenden traurigen Schicksale) online informieren können. Dank der Arbeit der Kölner Fotokünstlerin Karin Richert ist nicht nur jeder einzelne Stein im Bild dokumentiert, sondern auch die Plätze, an denen sie verlegt wurden, und bei einigen Steinen sogar die mutwilligen Zerstörungen, denen sie ausgesetzt waren. Dazu kommen die Lebens- und Sterbedaten der aus den unterschiedlichsten Gründen Verfolgten. Geplant ist, die Dokumentation im Laufe der Zeit um die Biografien der Menschen, an die die kleinen, glänzenden Messingtafeln erinnern sollen, zu erweitern.

Erschlossen wird die lange Liste durch Verzeichnisse der Namen, der Straßen in der Steine liegen, der Stadtteile, in der sich die Straßen befinden, der Gruppen, zu denen die Verfolgten zählten (z.B. Juden, Sinti oder Roma, politisch Verfolgte, Zeugen Jehovas, Zwangsarbeiter) und der Deportations- und Todesorte. Erst mit Hilfe dieser „Kataloge“ wird die Größenordnung und Monstrosität des Naziterrors deutlich: Kaum ein Stadtteil der damaligen Stadt Köln, in dem nicht Menschen verfolgt, deportiert oder ermordet wurden, keine wichtige Straße, die nicht mehrmals genannt werden musste. Die „Topographie des Terrors“ erschließt sich erst jetzt so richtig der Vorstellung der Betrachter.

Mit Hilfe der Online-Datenbank wird es nun endlich auch für Menschen außerhalb Kölns, z.B, für Angehörige der Opfer, die Nazideutschland rechtzeitig verlassen konnten, möglich, Schicksale zu recherchieren oder sich die Bilder der Steine und ihrer Umgebung anzusehen. Wir haben Gunter Demnig, Karin Richert und dem NS-Dokumentationszentrum für ihre Arbeit zu danken.

Die Datenbank ist zu finden unter www.nsdok.de (Rubrik Interaktive Datenbanken).

tri ■

Kranzniederlegung für „Opfer des Luftterrors“

HAMBURG. Wie schon im vergangenen Jahr will die extrem rechte Bürgerinitiative „Hamburger Opfer unvergessen“ um Gerhard Teppris am Sonntag, den 30. Juli, eine Kranzniederlegung für „die Hamburger Opfer des Luftterrors“ durchführen. Diese soll um 15 Uhr vor dem „Mahnmal für die Opfer“ bei der Kapelle 13 auf dem Ohlsdorfer Friedhof stattfinden, wie es in einer Anzeige in der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey heißt. Im vergangenen Jahr hatten sich – unter massivem Polizeischutz und begleitet von antifaschistischen Protesten – „ca.70 Personen“, so Teppris in einem in der neofaschistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ abgedruckten Beitrag, vor dem Mahnmal versammelt. Darunter auch zahlreiche Vertreter und Mitglieder von NPD, DVU und sog. „Freien Kameradschaften“. Die Eröffnungsrede im vergangenen Jahr hielt Thomas Wulff, ehemals Vorsitzender der 1995 verbotenen Neonazi-Partei „Nationale Liste“ (NL), der seit 2004 der neofaschistischen NPD angehört. Einladungen an die „etablierten Parteien“ in Hamburg wurden schon im vergangenen Jahr nicht mehr versandt, so Teppris, seit diese den Einladungen im Jahr 2001 bereits „ohne Begründung ferngeblieben waren.“

hma ■

weiter Seite 4

Peter Gingold 2004 in Wunsiedel,

Nationalhymen ausdrückten. Das sah ich als Deutscher als meine nationale Pflicht an. Zugleich war es und ist es eine Pflicht des Internationalismus, dass von diesem Land keine Bedrohung anderer Völker ausgehen kann. Da kann es keinen Widerspruch geben zwischen Nationalem und Internationalismus. Wenn ich es als Pflicht als Deutscher, als Kommunist aus jüdischer Familie begreife – meinetwegen als nationale Pflicht begreife -, im eigenen Land für den Fortschritt zu kämpfen, ist es zugleich meine internationalistische Pflicht. Andererseits ist es zum Wohle des eigenen Landes, dass wir alles, was es in anderen Ländern an fortschrittlichen Bewegungen gibt, unterstützen. Das zeichnete die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien aus.

Woran denkst Du im Besonderen?

Die Deutschen in den Internationalen Brigaden in Spanien mit ihrem Spanienlied „Die Heimat ist weit", sie kämpften zugleich für die Heimat, auch die Deutschen in allen nationalen Befreiungsbewegungen in den von der Hitlerarmee besetzten Ländern Europas. Als ich bei der Zeremonie zum 60. Jahrestag der Landung in der Normandie eingeladen war und ich den ebenfalls eingeladenen ehemals deutschen Offizieren sagte, unter ihnen sei mit mir ein Deutscher, der jene vertritt, die an der Seite der Résistance kämpften, bekam ich zur Antwort: „Da haben Sie gegen Deutschland gekämpft!" Ich antwortete ihnen: Für uns war es zugleich ein Kampf, um Deutschland vom Krieg und von Hitler zu befreien. Die meisten von uns, die wir in den nationalen Befreiungsbewegungen Europas den Internationalismus praktizierten, hatten Sehnsucht nach unserer Heimat. Man kann es Heimatliebe nennen. Als ich, zurück in meiner Geburtsstadt Aschaffenburg, in der ich meine Kindheit verbrachte, nur einen Trümmerhaufen sah, das so herrliche, majestätische Schloss, vor dem ich so gerne verweilte, in Ruinen, da war ich erschüttert und schämte mich meiner Tränen nicht. Ich erinnere mich der berühmten Rede von Anna Seghers auf dem internationalen Schriftstellerkongress in Paris 1935 über Heimat- und Vaterlandsliebe, über unsere Landschaften, über das Gefühl, endlich um uns herum die Laute der deutschen Sprache zu vernehmen, den Geruch der Erde zu spüren.

Als Du an der Spitze der Demonstration von fünfzehntausend zumeist Jugendlichen am 8. Mai voriges Jahr zum Alex gingst, um den Aufmarsch der Neonazis in Berlin zu verhindern, die Unter den Linden marschieren wollten, Du vorneweg mit einem herrlichen Blumenstrauß, den man dir wegen deiner Rede in die Hand gedrückt hatte, hinter Dir eine große Gruppe von Demonstranten mit ihrer Losung „Nie wieder Deutschland!", was war da Dein Eindruck?

Das fragten mich auch Journalisten und Fernsehleuten in der Annahme, dass ich mich mit denen identifiziere. Sie fragten, wie ich zu Deutschland stehe. Meine Antwort war, dass ich für die jungen Leute viel Verständnis habe, wenn sie damit meinen, nie wieder ein Deutschland, das soviel Schrecken über die Welt brachte, zuzulassen. Schade, dass sie es nicht so ausdrücken. Ich selber steh zu dem Deutschland der großen Dichter und Denker, das von Goethe und Schiller, von Feuerbach und Marx und Engels, der großen Komponisten, dieses Deutschland, das die Welt um soviel an Kultur und Wissenschaft bereicherte, das der Bauernkriege, der Revolution von 1848, der Novemberrevolution von 1918 und vor allem des deutschen antifaschistischen Widerstandes. Das ist für mich das Deutschland. Soweit meine Antwort.

Also bist Du doch ein deutscher Patriot?

Ich bin kein deutscher Patriot, auch wenn Frau Merkel es nun noch so sehr von uns allen wünscht. Mit der Entstehung Deutschlands war der Patriotismus im Unterschied zu dem anderer Nationen geprägt vom Nationalismus, vom Hass, von Überheblichkeit und Aggression gegen andere Völker, geprägt vom Rassismus, der unter Hitler seinen Höhepunkt fand als das Vorrecht einer Eliterasse, sich verbrecherisch gegenüber allen anderen Völkern verhalten zu können, sie auszuplündern, zu versklaven, sie mit Massenmord vom Erboden verschwinden zu lassen. Doch einmal konnte ich im Krieg Patriotismus in den Mund nehmen, als ich sagte, der einzige legitime Patriotismus ist der, dem eigenen Land die Niederlage zu bereiten. In anderen Ländern, auch auf Grund ihrer Geschichte, hat der Patriotismus einen ganz anderen Klang.

Dies gilt besonders für Frankreich und Italien? Du hast ja sowohl in Deutschland als auch in Frankreich und Italien am antifaschistischen Widerstandskampf teilgenommen.

Ja. Die Deutschen, die dort in der Résistance und bei den Partisanen kämpften, waren als Ausländer die Patrioten ihres Landes. Als ich während des Aufstands in Paris in dem bereits befreiten Viertel unsere damalige Wohnung aufsuchte, die Concierge (Hausmeisterin) mir als Erste begegnete, die wusste, dass ich an der Résistance teilnahm, da empfing sie mich als Ausländer mit den Worten: „Vous êtes un grand Patriot!". Zum 60. Jahrestag der Landung in der Normandie gab „Le Monde" eine Sonderausgabe heraus, mit dem Titel: „Die Patrioten und Befreier Frankreichs", darunter das Porträt von drei Deutschen, u.a. auch meines. Auch als vor einiger Zeit in ARTE der Film über die Deutschen in der französischen Résistance lief, hatte er den Titel „Fremde als Patrioten in Frankreich".

Frankreich hat die Weltmeisterschaft ebenso wenig gewonnen wie Deutschland, aber dennoch will man uns nun einreden, wir seien die Größten und Besten. Gewonnen hat Italien. Woran denkst Du da?

Zunächst mal ist allen zu gratulieren, die gewonnen haben und allen die faire und schöne Spiele boten. Mir fällt auf, dass viel Freundliches über Italien geschrieben und gesagt wird, aber es ist wie in der Innenpolitik, in der man hinter dem schönen Schein uns während der WM schlimme soziale Verschlechterungen bescherte. Auch gegenüber Italien wird verschwiegen, dass noch manche berechtigte Rechnung aus dem Süden offen ist. Zum Beispiel mussten die Massen, die in Dortmund zum Italienspiel gingen, an der Westfalenhalle vorüber. Dort hat man bisher versäumt, ein Schild anzubringen, das darauf hinweist, wie sehr auch italienische Sklavenarbeiter im Stalag in der Westfalenhalle gelitten haben. Viele kamen während der Bombardierungen ums Leben. Die italienischen Überlebenden wurden leider von der Bundesregierung zu Kriegsgefangenen erklärt, und – da kriegsgefangene Zwangsarbeiter nicht berechtigt seien, Entschädigung zu empfangen – von der Zwangsarbeiterentschädigung ausgeschlossen. Zudem blieben bis heute bei uns alle während des Krieges von Deutschen an Italienern verübten Kriegs- und NS-Verbrechen ungesühnt, so dass die italienischen Gerichte nun dazu übergingen, die betreffenden ehemaligen SS- und Wehrmachtssoldaten in Italien vor Gericht zu stellen. Die dortigen Gerichte sprachen Höchststrafen aus; da aber die Angeklagten nicht ausgeliefert wurden, leben sie noch immer unter uns. Wir haben kürzlich vor den Häusern der in Italien Verurteilten demonstriert und ihre Bestrafung bzw. Überstellung an die italienische Justiz verlangt. In Dortmund sitzt auch die Zentralstelle der Staatsanwaltschaft für NS-Massenverbrechen, die zuständig ist für die Verfolgung der Morde an 5000 italienischen Kriegsgefangenen im September 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia, – auch dieser Fall kommt nicht voran. Ich frage: Soll mit dem „positiven Patriotismus", der „nicht mit dem Endspiel vorbei sein" darf, so die Politiker und viele Medien, nun endgültig die Geschichte im schwarz-rot-goldenen Fahnengetümmel untergehen? Schlussstrich per Schlusspfiff? Das dürfen wir nicht zulassen.

Interview: Ulrich Sander ■

„..einfach nur moderne Kunst“

SCHWERIN. Für Klaus Staeck, neuer Präsident der Berliner Akademie der Künste, war der Bildhauer Arno Breker (1900-1991) „ein monumentaler Dekorateur der Barbarei“. Es bestehe der Verdacht, so Staeck, „dass in Schwerin in Wahrheit an der Rehabilitation Brekers“ gearbeitet werde und sagte eine ihm für 2007 angebotene Schau eigener Werke in der Stadt aus Protest ab. Kurator Rudolf Conrades vom Schweriner Schleswig-Holstein-Haus, in dem Brekers Werke vom 22.7. bis 22.10. gezeigt werden sollen, verteidigt hingegen die Absicht, Werke des umstrittenen Bildhauers auszustellen, der im Auftrag des Nazi-Regimes heroisierende Monumentalplastiken angefertigt hatte. Er begründet dies u.a. mit Brekers Freundschaft zu Jean Cocteau und Max Liebermann und bezeichnet Brekers Arbeiten in der Zeit bis 1935 als „einfach nur moderne Kunst“. Teile von Brekers Werken wurden in den vergangenen Jahren immer wieder ausgestellt. So z.B. auf Schloss Nörvenich im Rheinland, in Aachen und in Kirchheim/Teck. In letzterer Stadt wurde die Ausstellung von einem ehemaligen Redakteur der „Jungen Freiheit“ eröffnet. Zum Teil wurden die Ausstellungen von antifaschistischen Protesten begleitet.

An einer Rehabilitierung Brekers wird bereits seit Jahrzehnten gearbeitet. Schon 1954 hatte die „Deutsche Nationalzeitung“ über Breker gemeldet: „Offiziell geschnitten, inoffiziell Hochbetrieb“. Breker, der sein Entnazifizierungsverfahren mit einer lächerlichen Geldstrafe von 100 Mark überstand, musste nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus nicht hungern. Konzernchefs wie Hugo Henkel und Hermann Josef Abs gaben Breker Aufträge. Für den Kölner Versicherungskonzern Gerling war Breker als Baumeister und Bildhauer tätig. Die „Wagner-Stadt“ Bayreuth ließ ihn in den 70er Jahren Monumental-Portrait-Büsten u.a. von dem Antisemiten Richard Wagner schaffen. Die Bonner „Galerie Marco“ eröffnete bereits 1972 eine Ausstellung mit Werken Brekers, der auf seinem dortigen ersten Empfang nach Ende des zweiten Weltkrieges „rund 400 Repräsentanten aus Politik, Diplomatie und Gesellschaft“ empfangen konnte, wie die „Deutschen Nachrichten“ der neofaschistischen NPD damals begeistert schrieben. Auch ansonsten hielten die alten Seilschaften.

Im Jahr 1965 war Breker bereits zum Ehrenmitglied des neofaschistischen „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes“ (DKEG) ernannt worden. 1978 folgte eine Breker-Ausstellung im Bonner Haus des Ärzteverbandes „Hartmannbund“. 1980 verlieh die neofaschistische „Gesellschaft für freie Publizistik“ Breker ihren „Ulrich-von-Hutten-Preis“. 1986 lobte Breker in einem Leserbrief an die neofaschistischen „Deutschen Monatshefte“ deren „kulturell anspruchsvollen Stil“ und verfasste für die Zeitschrift noch im selben Jahr einen Beitrag über den von ihm verehrten französischen Künstler Aristide Maillol. Breker gehörte auch „viele Jahre“ zu den Lesern des Neonazi-Blattes „Die Bauernschaft“, das von dem ehemaligen SS-Sonderoffizier im KZ Auschwitz, Thies Christophersen, herausgegeben wurde. Nach dem Tod des in Künstlerkreisen als „Parteistukkateur“ bezeichneten Breker erschienen in allen relevanten neofaschistischen Publikationen lobhudelnde Nachrufe auf den früheren NS-Bildhauer.

Man darf gespannt sein, wann ein deutscher Kurator auf die Idee kommt, auch die Frühwerke des „Kunstmalers“ Adolf Hitler öffentlich zeigen zu wollen. Natürlich nur „zur Diskussion gestellt“ und selbstverständlich auch nur diejenigen Bilder, die Hitler vor seinem Eintritt in die NSDAP gemalt hat. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! *hma* ■

NPD kauft Immobilie

Wie der Internetseite des NPD Landesverbandes Rheinland-Pfalz zu entnehmen ist, hat die NPD in Kirchheim (bei Grünstadt) die „Leininger Mühle“ gekauft. Neben der Gaststätte „Zur Burg“ in Altleiningen, die vor kurzem vom NPD Landesgeschäftsführer Sascha Wagner gepachtet wurde, verfügt die NPD noch über die Räumlichkeiten ihrer Landesgeschäftstelle in Pirmasens. In der Mitteilung der NPD heißt es dazu:

„Kaufabschluß: Das Anwesen ‚Alte gräfliche Leininger Mühle‘ in Kichheim endlich im Besitz der NPD Kirchheim. Erste Aufräumarbeiten wurden durchgeführt! ... Der Traum in Kirchheim ein Schulungs- und Freizeitzentrum für national gesinnte Menschen jeden Alters zu errichten, ist nun Wirklichkeit. Auch der Brandanschlag vor zwei Monaten konnte unsere Pläne nicht stoppen. ... Im Nachhinein war der Brandanschlag nur positiv für uns, da so der Kaufpreis gemindert werden konnte. Außerdem stehen dem nationalen Widerstand in der Rhein-Neckar-Region viele Personen aus dem Handwerk zur Verfügung, so daß dank deren Geschick und vorhandener Spendenbereitschaft ein schneller Wiederaufbau zu realisieren ist.“

VVN-BdA Kaiserslautern, vvn-bda-kl@gmx.de ■

„Erlebnis-Wochenende“ bei Eisenach

EISENACH/INNING. Vom 8. bis 10. September soll im „Großraum Eisenach“ das „6.Erlebnis-Wochenende Geschichte“ des extrem rechten Druffel&Vowinckel-Verlages mit Sitz in Inning am Ammersee stattfinden. Die diesjährige Tagung steht unter dem Motto „Die geteilte Welt. Europa im Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes“. Als Referenten werden u.a. angekündigt: Wjatscheslaw Daschitschew (Moskau), Autor in der „Deutschen Nationalzeitung“ und Redner bei der DVU; Reinhard Günzel, ehemals Brigadegeneral a.D.; Günther Pöschel, Konteradmiral a.D.; Andreas Naumann, Autor im extrem rechten „Grabert“-Verlag; Dr. Walter Post, Interviewpartner des NPD-Organs „Deutsche Stimme“; Dr. Olaf Rose, Referent beim „Deutsche Stimme“-Kongreß der NPD, und Graf Alexander Urechia. Im „kulturellen Rahmenprogramm“ der Tagung sollen der Film „Die Nürnberger Prozesse 1945/46 – Ein Volk auf der Anklagebank“ und Holzschnitte verschiedener NS-Künstler gezeigt werden. *hma* ■

Ex-FAPler wird Pressesprecher

BONN. Neuer Pressesprecher der „Deutschen Burschenschaft“ ist Norbert Weidner von der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn. Weidner löst damit den Rechtsanwalt Karsten Rausch ab, der diesen Posten neun Jahre lang innehatte. Mit Weidner haben die Burschen eine politikerfahrene Führungskraft. Aus der rechten Skinhead-Szene wechselte Weidner damals zur neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). 1993 wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Neonazi-Partei gewählt, die 1995 verboten wurde. Im März 1995 verkündete er gegenüber der Presse seinen „Ausstieg“, der wohl eher ein Umstieg war. Noch zu Beginn des Jahres hatte Weidner einen von der „Jungen Freiheit“ initiierten Appell „für die Pressefreiheit“ unterzeichnet. *hma* ■

„SDV“ tagte in Fulda

FULDA. 25 Jahre nach Veröffentlichung des rassistischen „Heidelberger Manifests“ hat in Fulda eine Jubiläumsveranstaltung des „Schutzbund für das deutsche Volk e.V.“(SDV) stattgefunden. Auf der Veranstaltung sprachen u.a. Hubert Dröscher (Erlangen), Ehrenvorsitzender des SDV, der „Lebensschützer“ Dr. Siegfried Ernst und Prof. Theodor Schmidt-Kaler (Margretshöchheim), einst Mitverfasser und Erstunterzeichner des „Heidelberger Manifests“. Schmidt-Kaler rief in seiner Rede u.a. zur Unterstützung des Vereins „Gedächtnisstätte“ im sächsischen Borna auf. Der SDV, der u.a. „Rückführung statt Einwanderung“ und ein „Repatriierungsgesetz“ fordert, hat nach eigenen Angaben rund 1000 Mitglieder und Interessenten. In den vergangenen 25 Jahren will er etwa 4,5 Millionen Flugschriften und Rundbriefe verbreitet haben. *hma* ■

„Deutsche Stimme Pressefest“ – wird Dresden-Pappritz zum Nazi-Zentrum?

5. August 06: antifaschistische Demonstration gegen das „Deutsche Stimme Pressefest“

Nein, das „Deutsche Stimme Pressefest“ welches in Kürze in Dresden stattfinden soll, hat sich nicht im sommerlichen Wohlgefallen aufgelöst, obwohl das die aufmerksamen Zeitungs- und Rundfunkkonsument_innen annehmen könnten. Abgesehen von ein paar mageren Zeilen, waren der sächsischen Presse keine Informationen über die bevorstehende Anwesenheit einiger Tausend Neo-Nazis in Dresden zu entnehmen. Momentan ist das NPD-Event als Versammlung angemeldet, womit die NPD versucht Auflagen, die ein solches Fest üblicherweise erfüllen muss, zu umgehen. Anders als in den letzten Jahren wird die NPD allerdings nicht allein bei ihrem Treiben sein, denn neben einem BürgerInnenfest wurde eine antifaschistische Demonstration gegen das Pressefest angemeldet. Sie soll dazu beitragen, dem zusammengetrommelten Nazimob die Feierlaune zu vermiesen und das „DS-Pressefest“ nicht länger ungestört stattfinden zu lassen.

Demo Start: 5.8.06, 12. 30 Uhr
Bautzner Str. / Haltestelle
Weißer Adler der Linie 11
Infotelefon: 0341 - 4234014

Die Demonstration endet beim BürgerInnenfest „Ob Sonne ob Regen – wir sind dagegen“ am Ullersdorfer Platz (Haltestelle Linie 11, 61) welches sich ebenfalls gegen das Pressefest richtet.

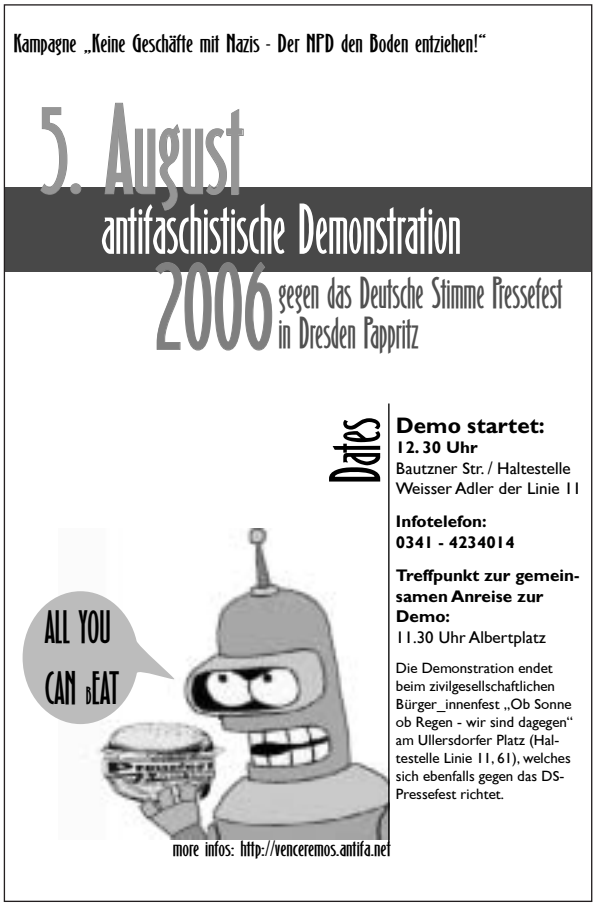
Im Aufruf zur antifaschistischen Demonstration am 5. August in Dresden heißt es:

Die „Deutsche Stimme“ verstummen lassen!

Über der dörflichen Ruhe Dresden Pappritz‘ liegt ein dunkler Schatten. Verursacht wird dieser nicht, wie mensch vielleicht vermuten könnte, durch den Dresdner Fernsehturm, sondern durch das am 5. August dort stattfindende „Pressefest“ der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“.

Das für Nazis aus der gesamten Bundesrepublik attraktive Fest zeichnet sich nicht nur durch politische Reden, sondern vor allem durch ein Kinderfest, Rodeoreiten und am Abend stattfindende Rechtsrockkonzerte aus. Diese geben der Veranstaltung ihren besonderen Charakter. So zog es 2004 zum letzten Pressefest über 7.000 Nazis in das ostsächsische Dorf Mücka. Damit ist das NPD-Open-Air eine der größten Naziveranstaltungen bundesweit.

Die „Deutsche Stimme“ fühlt sich in Sachsen schon lange heimisch. Sie zog bereits im Jahr 2000 vom bayrischen Sinningen in die sächsische Stadt Riesa. Grund für den Ortswechsel waren die anhaltenden Proteste in Sinning/Neuburg und das günstige Klima, das für völkische Projekte in Sachsen herrscht. Mit ihr zogen etliche Kader nach Sachsen, welche die hier weitgehend vorhandene Akzeptanz nazistischen Gedankenguts in der Gesellschaft und die ohnehin schon bestehenden Nazistrukturen nutzten und letztere weiter ausbauten. Mit dem Einzug der NPD in den Landtag und in etliche Kommunalparlamente manifestierte Sachsen sich endgültig als Basis für die Partei.



Das DS-Pressefest war bisher nur mit marginalem Widerstand konfrontiert. Dies wird sich in Dresden ändern. Bietet doch die Landeshauptstadt vielfältige Möglichkeiten, unseren Protest auszudrücken!

Offener Brief der Kampagne „Keine Geschäfte mit Nazis – der NPD den Boden entziehen!“

... Die Kampagne „Keine Geschäfte mit Nazis – der NPD den Boden entziehen!“ gründete sich, als bekannt wurde, dass die NPD Kaufinteressen in Dresden und Umgebung hat.

Nun bekamen wir die Information, dass der Grundstückseigner Wolfgang Jürgens erneut seine Tennishalle an die NPD eventuell verkaufen, zumindest aber vermieten will.

Am 5. August soll laut einer Bekanntmachung der NPD das „Deutsche Stimme“-Pressefest in Sachsen stattfinden. Nach uns vorliegenden Informationen soll es auf dem Grundstück von Jürgens in Dresden-Pappritz stattfinden.

... Sollte es zu dem Verkauf der Pappritzer Tennishalle kommen, wird es nicht nur bei der einmaligen Nutzung durch das NPD-Pressefest bleiben, sondern es werden noch häufiger als bisher Nazikonzerte, Versammlungen und Veranstaltungen der Nazi-Szene in Dresden stattfinden. Es kann davon ausgegangen werden, dass vermehrt Übergriffe auf Menschen erfolgen werden, die nicht in das menschenverachtende Weltbild der Nazis passen. Darüber hinaus könnte diese Immobilie auch im Falle einer nicht erfolgenden Wiederwahl in den sächsischen Landtag und den somit geringeren finanziellen Ressourcen der Partei weiterhin genutzt werden – einerseits als Veranstaltungsort, andererseits aber auch als Geldanlage.

Aus diesen Gründen gilt es, den Verkauf der Tennishalle zu verhindern und den Nazis ihr „Pressefest“ zu verunmöglichen. Hier sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefragt, den Nazis auf die Finger zu schauen. Es muss im Weiteren den Immobilien-Kaufbestrebungen der neonazistischen NPD aktiv entgegengetreten werden.

Wir fordern daher alle BürgerInnen, Organisationen, Vereine, politische Initiativen und AntifaschistInnen auf, vielfältig, kreativ und entschlossen aktiv zu werden, gerne auch in Zusammenarbeit mit uns.

Die unseriöse Praxis, Geschäfte mit Nazis zu machen bzw. deren Skandalfaktor zur Gewinnmaximierung zu nutzen, kann und darf nicht akzeptiert werden. Keine Geschäfte mit Nazis!

Der NPD den Boden entziehen! „Deutsche Stimme“- Pressefest am 5. 8. verhindern!

contact: bodenentziehen-at-mailup.net
http://venceremos-antifa.net ■

Mit Ultrarechten Seite an Seite

Niedersachsens Finanzminister Möllring moderierte Arbeitsgruppe eines Buchprojektes, in dem auch bekennende Rechtsextremisten zu Wort kommen

von Peter Riggers

Professor Dr. Eberhard Hamer ist sich sicher. Die Welt steckt bereits jetzt mitten in einer verheerenden Wirtschaftskrise. Der Präsident der Deutschen Mittelstandsstiftung und Wissenschaftliche Leiter des Mittelstandsinstitutes Niedersachsen stellt landauf und landab sein Buch „Was passiert, wenn der Crash kommt?“ vor. Das ist mit Hilfe mehrerer Arbeitsgruppen entstanden, die Hamer zufolge nach wie vor tagen.

Wer sich deren Mitglieder genauer ansieht, stößt auf einige Personen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund – und auf den jetzigen niedersächsischen Finanzminister Hartmut Möllring, der in diesem Jahr als Vorsitzender der Tarifgemeinschaft der Länder bundesweit bekannt geworden ist.

Der moderiert(e) beziehungsweise leitet(e) die Arbeitsgruppe 2 („öffentliche Finanzen“).

Als Möllring im Jahre 2002 den Schulterschluss mit Eberhard Hamer und dessen Crash-Theorie suchte, war er noch stellvertretender Vorsitzender der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion. Im März 2003 wurde der amtierende Hildesheimer CDU-Bezirksvorsitzende Finanzminister im CDU/FDP-Kabinett von Christian Wulff. Als Vorsitzendem der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder wurde ihm vorgeworfen, er sei ein kompromissloser Hardliner und wolle die Gewerkschaften in die Knie zwingen. Der fünfköpfigen Arbeitsgruppe 2 unter Möllrings Regie gehört auch Professor Dr. Rainer Gebhardt an. Das Vorstandsmitglied des Mittelstandsinstitutes Niedersachsen ist Vorsitzender der Prüfungskommission für den Studiengang „Verwaltungs-BWL“ an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Bielefeld. Als einer der acht Autoren des Buches „Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?“ taucht das Mitglied der Möllring’schen Arbeitsgruppe ebenfalls auf.

Zwei weitere Verfasser des 2005 von Eberhard Hamer und Sohn Eike heraus gegebenen Werkes sind der frühere Brigadegeneral Reinhard Uhle-Wettler und der österreichische Holocaust-Leugner Gerhoch Reisegger.

Holocaust Leugner Reisegger: Gemeinsame Sache mit Professor Hamer

Uhle-Wettler, Vorsitzender der stramm rechten „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG), publizierte 1998 eine Festschrift mit dem Titel „Wagnis Wahrheit – Historiker in Handschellen?“. Damit sollte der berühmt-berüchtigte Holocaust-Leugner David Irving geehrt werden. Der Sammelband erschien im ultrarechten, vom Verfassungsschutz beobachteten Arndt-Verlag.

2003 solidarisierte sich der SWG-Chef – so wie auch Eberhard Hamer – mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann. Der wurde aufgrund einer als antisemitisch verstandenen Rede aus der Partei ausgeschlossen; Hamer war 1997 unter anderem zusammen mit MdB Hohmann und anderen Gründer der erzkonservativen Sammlungsbewegung „Stimme der Mehrheit“.

Allerdings: Gerhoch Reisegger zählt in punkto „Holocaust-Leugnung“ zu einer ganz anderen, weitaus gefährlicheren Kategorie als Reinhard Uhle-Wettler. Das Bundesamt für Verfassungsschutz nennt den selbstständigen Unternehmensberater „einen der bekanntesten Vertreter rechtsextremistischer Verschwörungstheorien“.

In Deutschland war beziehungsweise ist er Autor der rechtsextremistischen Blätter „Staatsbriefe“, „Nation & Europa“, „Deutsche Stimme“ (offizielles Organ der NPD) und der „Werkstücke“ (verantwortlich: der bekannte Rechtsextremist Horst Mahler, mit dem Reisegger laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, DÖW, einen regen Austausch pflegt). Die Reisegger-Bücher werden in Deutschland vom rechtsextremistischen Grabert-Verlag unter die Leute gebracht. Zuletzt erschien dort 2005 „Die Türken kommen!“

Bei Grabert wurden diverse Bücher verlegt, die Holocaust-Leugnern zuzuordnen sind, darunter zum Beispiel „Der Auschwitz-Mythos“ des zwangsweise in den Ruhestand versetzten Finanzgerichtsrates Wilhelm Stäglich und das Buch „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ des Pseudo-Historikers Germar Rudolf. Rudolf wurde wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener rechtskräftig verurteilt.

Bereits mehrfach wurden Grabert-Bücher wegen Volksverhetzung und ähnlicher Straftaten eingezogen oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert.

Gerhoch Reisegger, der also für Eberhard Hamer zur Computertastatur greift, belässt es aber nicht beim Schreiben. Er redet auch einschlägig – etwa im Januar 2002 auf einer internationalen Konferenz von Holocaust-Leugnern in Moskau oder im Herbst 2004 mit Vertretern des rechtsterroristischen „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“ (so Informationen des DÖW in Wien).

Für Juli 2004 war Reisegger als einer der Referenten eines Tagesseminars der Burschenschaft Normannia Heidelberg vorgesehen, das allerdings später wieder abgesagt wurde. Vom thüringischen Verfassungsschutz wird diese Burschenschaft als „rechtsextremistisch ausgerichtet“ bewertet. Sie wurde 1999 von Studenten gegründet, die man zuvor angesichts rechtsextremistischer Aktivitäten aus einer anderen Burschenschaft „gefeuert“ hatte.

Die anderen Referate sollten der ehemalige NPD-Spitzenfunktionär Dr. Michael Nier und Karl Richter halten, der 1995 wegen Volksverhetzung verurteilte frühere Chefredakteur des Parteiorgans „Der Republikaner“. Ebenfalls als Referent angekündigt: Professor Eberhard Hamer, der Reisegger in dem Buch „Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?“ breiten Raum gibt.

„Arbeitskreis Demokratiereform“: Professor Hamer und der Hass auf die Juden

An zufällige Tritte des Professors in antisemitisch gefärbte Fettnäpfchen mag man fast schon nicht mehr glauben, wenn man sich Hamers Mitgliedschaft im „Arbeitskreis Demokratiereform“ vor Augen führt. Nach Informationen des „Informationsdienstes gegen Rechtsextremismus“ zählte oder zählt dieser Zusammenschluss zum Umfeld der „Deutschland-Bewegung“ (DB) von Dr. Alfred Mechtersheimer. Der ehemalige Friedensforscher und Grünen-Bundestagsabgeordnete Mechtersheimer pflegt enge Beziehungen in das rechtsextremistische Lager. Er gilt als wichtiger Verfechter einer „nationalen Sammlungsbewegung“ und wird als solcher in Verfassungsschutzberichten erwähnt.

Weitere Angehörige dieses Arbeitskreises mit einer Handvoll Mitglieder sind unter anderem Brigadegeneral a.D. Uhle-Wettler und der Rechtsanwalt Dr. Hans-Georg Hess. Ritterkreuzträger Hess, in den neunziger Jahren Landesvorstandsmitglied der niedersächsischen CDU-Senioren-Union. war Unterzeichner des seit 1997 verbreiteten rechtsextremistischen „Aufrufes an alle Deutschen zur Notwehr gegen Überfremdung“. In ihm werden „alle volkstreuen Deutschen zur Notwehr“ gegen den „von der Staatsführung amtlich geplanten und

Gedenken auf Bahnhöfen wieder verschoben...

BERLIN. Es bleibt weiter offen, ob die Ausstellung über die Rolle der Reichsbahn bei der Deportation jüdischer Kinder in deutschen Bahnhöfen gezeigt werden darf. Zu einem Zeitpunkt, als bereits alle Teilnehmer eines Vermittlungsgespräches in Berlin angereist waren, sagte das Bundesverkehrsministerium den Termin kurzfristig ab. Nach Angaben von Beate Klarsfeld wurde jetzt ein Treffen nach der Sommerpause vorgeschlagen und auch Unterstützung für das Projekt zugesichert.
Bahnchef Mehdorn lehnte bisher aus „Sicherheitsgründen" ab, Flächen in den Bahnhöfen zur Verfügung zu stellen. Ein anderes Mal hatte er sich auf die Position zurückgezogen, kein Rechtsnachfolger der Reichsbahn zu sein und deshalb nicht in Zusammenhang mit NS-Verbrechen gebracht werden zu wollen. Nachdem sich Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee einschaltete und Mehdorn zum Einlenken aufforderte, besteht jetzt zumindest Gesprächsbereitschaft. Bisher will die Bahn die Ausstellung aber nur im Eisenbahnmuseum Nürnberg und in Standorten in der Nähe von Bahnhöfen akzeptieren. Damit werden sich die Initiatoren der Ausstellung und das Unterstützernetzwerk „Elftausend Kinder" nicht zufrieden geben. „Wir lassen uns nicht auf ein Abstellgleis schieben", so Beate Klarsfeld. *Nach Neues Deutschland,12.7.2006* ■

mit brutalen Methoden durchgeführten Völkermord" aufgerufen Die Bundesregierung habe „die Wehre zur Einleitung fremden Blutes sperrangelweit geöffnet" („Hochverrat").

Die Pressemitteilungen und sonstigen „Verlautbarungen" des von Professor Hamer aktiv unterstützten „Arbeitskreises Demokratiereform" werden über die Internet-Seiten des „Fürstentums Sealand" verbreitet. Besagtes Fürstentum wurde 1967 auf einer ehemaligen britischen Hochseefestung auf hoher See gegründet. Seine „Regierung" nimmt für sich in Anspruch, über einen souveränen Staat zu gebieten.

In einem Handbuch der „Regierung des Fürstentums Sealand" vom Februar 2004 wird unter anderem behauptet, das „Judentum" habe bereits die Vereinigten Staaten unterwandert und strebe die „Weltherrschaft" in Form eines „zentral regierten Weltstaates mit Jerusalem als Hauptstadt" an. Das „Judenproblem" sei „das mit Abstand größte Problem der Menschheit". Es könnte höchstens dann noch friedlich gelöst werden, wenn die Staaten Israel und USA aufgelöst und den Juden „ein Stück Land an der Ostküste Nordamerikas für einen eigenen kleinen Staat zur Verfügung" gestellt würde.

Streckenweise sehr ähnlich klingt das, was Professor Hamer sowohl bei seinen öffentlichen Auftritten als auch in seinen Büchern propagiert. Der Crash der globalisierten Wirtschaft werde von mindestens zehn Millionen Arbeitslosen, sinkenden Arbeitnehmereinkommen und neuen Rekorden bei den Firmenpleiten begleitet, so der 73-jährige Bundesverdienstkreuz-Träger.

Das weltweit vernetzte und zusammengewachsene Großkapital ist nach seiner Ansicht der Drahtzieher. Unter seiner Leitung habe sich die Globalisierung „zu einer neuen Weltdimension, einem Weltfinanzgeflecht, einer Weltmeinungsmacht und Weltherrschaft entwickelt". Augenzwinkernd verweist Hamer darauf, dass das „internationale Spekulationskapital" an der US-amerikanischen Ostküste sitze – eine unter Rechtsextremisten populäre Umschreibung für das wirtschaftlich operierende Judentum.

Möglicher Crash wäre wie ein „reinigendes Gewitter"

Wer genau sich angeblich hinter dem „internationalen Spekulationskapital" verbirgt, dem geht die Arbeitsgruppe 1 („Finanzmärkte, Währungen, Weltwirtschaft") auf den Grund, die für das Buch „Was passiert, wenn der Crash kommt?" gebildet wurde. Sie behauptet, dass die Rothschilds und die Rockefellers als die führenden Finanzgruppen der Welt nicht nur die mächtigste Zentralbank der Welt beherrschten. Sie könnten über diese Bank auch ihre Zinsen, die Wechselkurse und sogar den Zeitpunkt eines Crashes bestimmen. „Parallel zu den Finanzmaßnahmen der führenden Finanzmächte", resümiert die Arbeitsgruppe 1, „läuft die Weltbeeinflussung durch gezielte Propaganda aus den von der gleichen Macht beherrschten Medien. Die Hochfinanz kann international über die von ihr beherrschten Medien jederzeit positive oder negative Meldungen verbreiten lassen." Ihr gehöre sogar das größte Telekommunikationssystem der Welt. Über das könnten jederzeit Nachrichten durchgelassen oder unterdrückt werden.

Für das Buch „Was passiert, wenn der Crash kommt?" hatten etwa 40 Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker zehn Arbeitsgruppen gebildet. In sämtlichen AGs wirkte Professor Hamer mit. Die Arbeitsgruppen-Mitglieder beschreiben die möglichen Konsequenzen der Krise unter anderem für die Innere Sicherheit, die Kultur, den Staatshaushalt und die Sozialsysteme. Unter den Arbeitsgrüpplern findet man ausgewiesene Ultarechte wie beispielsweise den bereits erwähnten Reinhard Uhle-Wettler oder Ex-Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof. Der macht aus seiner Vorliebe für bräunliches Gedankengut gleichermaßen keinen Hehl. Nachdem er das Bundesverfassungsgericht wegen dessen „Soldaten-sind-Mörder"-Urteils mit dem Volksgerichtshof der Nazis verglichen hatte, wurde der ranghohe Militär 1996 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Zuletzt hatte Schulze-Rhonhof als Territoritaler Befehlshaber für Niedersachsen und Bremen gedient.

Aus der Feder von Gerd Schultze-Rhonhof stammt das Buch „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte". Die vierte Auflage ist unlängst im Olzog-Verlag erschienen; der Olzog-Verlag zeichnet auch für „Was passiert, wenn der Crash kommt?" verantwortlich. Das Buch von Schultze-Rhonhof erweckt den Eindruck, als sei die Nazi-Regierung gewissermaßen in den Krieg „gezwungen" worden. Außerdem wird Deutschland als ein Zufluchtsort für viele Juden aus Polen dargestellt. Werbung für sein Buch macht der Verfasser in diesem Jahr auch in einem ausführlichen Interview mit der „National-Zeitung".

Der mögliche Crash – er wäre nicht durch und durch „böse" oder „schlecht", philosophiert Eberhard Hamer, nach eigenen Angaben Mitglied verschiedener Aufsichtsräte mittelständischer Unternehmen und viel beschäftigter Berater mehrerer Regierungen. Vielmehr könne man in ihm auch eine „schöpferische Zerstörung" und ein „reinigendes Gewitter" sehen. Schließlich würden „alte und hinderliche Strukturen weggespült".

Eine gewisse Zuversicht aus dem angeblichen Crash scheinen auch die Mitglieder der Arbeitsgruppe 7 („Gesellschaftliche und politische Ordnung") zu schöpfen. Die traditionellen Parteien hätten „politische Tabus" unterdrückt und verschwiegen. Darunter seien „Asylmissbrauch", Sozialimmigration, nationale Identität, Werteorientierung, Familienstruktur, Elitebildung, Geschichtsbewusstsein, preußische Tugenden, Verantwortung vor Gott". Wer diese Themen nach dem Crash überzeugend vertreten könne, der werde „den Neuaufbau des politischen und gesellschaftlichen Lebens bestimmen können".

Peter Riggers ■

Flächenbrand im Nahen Osten verhindern!

Die israelische Friedensbewegung Gush Shalom hat einen Hilferuf an alle europäischen Botschaften in Israel und an die Weltöffentlichkeit gerichtet: Europa soll helfen, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu entschärfen. Es soll die Regierung Israels endlich dazu bewegen, mit der – demokratisch gewählten – Hamas-Regierung der autonomen palästinensischen Gebiete zu verhandeln, auch über den entführten israelischen Soldaten, dessen Befreiung der angebliche Grund für die Bombardierung des Gazastreifens ist.

Inzwischen hat die israelische Armee den souveränen Nachbarstaat Libanon von Land, Luft und See aus angegriffen, weil von dort aus ebenfalls zwei Soldaten entführt wurden. Die zivilen Opfer in beiden Gebieten sind nicht genau zu zählen. Es sollen bereits mehrere Hundert sein. Es herrscht Krieg zwischen Israel und zwei seiner Nachbarn. Auch Syrien wird schon verbal bedroht. Folgt man der irrationalen Argumentation der Regierung Olmert, würden auch der Iran und Irak in diesen Krieg hineingezogen – die ganze Region droht in Flammen aufzugehen.

Gegen diesen Wahnsinn bleibt zu erinnern: Bei einer Entführung geht es darum, das Leben des Entführten zu retten. Dazu gibt es einzig und allein den Weg der Verhandlungen. Nur so ist die Freilassung der entführten israelischen Soldaten sowie von palästinensischen und arabischen Gefangenen aus israelischen Gefängnissen zu erreichen.

Präsident Chirac hat die Kriegshandlungen der israelischen Armee als unangemessene Reaktion bezeichnet. Das wäre ein Ansatzpunkt für ein Eingreifen im Sinne der israelischen Friedensbewegung. Präsident Bush hingegen plädiert für das „Recht Israels auf Selbstverteidigung“ (jenseits der eigenen Grenzen, wie es die USA praktizieren). Frau Merkel schließt sich an. So kommt es zu einer verwaschenen Erklärung der G8, und es kommt zu keiner EU-Initiative, die mit den richtigen Forderungen in den Konflikt eingreift. UNO-Soldaten lösen das Problem nicht. Die Eskalation der Gewalt in dieser Region wird durch die Stationierung von noch mehr Soldaten nicht enden, im Gegenteil.

Die Bundesregierung und mit ihr die EU müssen sich einsetzen für

- einen sofortigen Waffenstillstand
- den Rückzug israelischer Truppen ins eigene Territorium
- sofortige Verhandlungen mit Hamas und Hisbollah
- Verhandlungen aller Staaten der Region mit dem Ziel gegenseitiger Nichtangriffsgarantien und normaler nachbarschaftlicher Beziehungen
- den Abzug aller fremden Truppen aus dem Nahen Osten,
- den Beginn von Abrüstungsverhandlungen und die Einrichtung einer kernwaffenfreien Zone.

Kölner Friedensforum
Elvira Högemann ■

Flugblattaktion zur Gehorsamsverweigerung am Nörvenicher Fliegerhorst

Am 14. Juli, dem denkwürdigen Tag des Pariser Bastillesturms, haben 11 AktivistInnen am Eingang des Nörvenicher Fliegerhorstes zum ersten Mal den neuen Flyer der GAAA zum Thema Gehorsamsverweigerung an Soldaten eines Standortes der Bundeswehr verteilt. Obwohl es schwer war, an diese heranzukommen, da zum Wochenende fast alle im Auto das Tor passierten, gelang es, einen dicken Packen von Flyern an die Adressaten zu bringen. Wer weiterfuhr, sah wenigstens das Transparent der Kölner Paxan-Gruppe mit Hannah Arendts Satz „Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen“.

Am Rande gab es interessante Gespräche. Der am Tor diensttuende Offizier schlug sogar vor, demnächst einmal ein Seminar mit Friedensleuten und Soldaten zum Thema Gehorsamsverweigerung zu organisieren. Als er jedoch gebeten wurde, die Verteilung des Flugblattes in der Kantine des Fliegerhorstes zu ermöglichen, wurde das von einem hinzukommenden Militär entschieden verweigert.

Die Teilnehmer rekrutierten sich aus verschiedenen Gruppen des Köln-Bonner Bereichs. Vertreten waren so die Paxan-Gruppe Köln, das Kölner Friedensforum, die Erftstädter pax christi-Gruppe, das Bonner Friedensbündnis und eine Dürener Gruppe. Die Initiative ging von Hanna Jaskolski aus, die per Telefon für die Aktion warb. Da diese so gut gelang, wurde eine dauerhafte Vernetzung angeregt. Die Einrichtung eines E-Mail-Verteilers („Rheinisches Friedensnetz“) ist geplant.

Die beteiligten Friedensleute hoffen, dass die Aktion in Nörvenich der Auftakt war für die Verteilung des Flyers an allen Standorten der Bundeswehr, und außerdem, was die Intention des Flugblattes ist, auch an Bürgerinnen und Bürger, damit sie nicht gleichgültig neue Kriege und atomare Rüstung hinnehmen. Zivilcourage ist von allen dringend gefordert. Bei der GAAA können größere Mengen des Flyers angefordert werden.

Auf ein Neues: Allons enfants de la paix! *Helmut Jaskolski* ■

WM-Performance des Aktionskünstlers Günter Wangerin

Gegen Bundeswehreinsatz im Inneren

MÜNCHEN. Auf dem Karlsplatz/Stachus war am Donnerstag, den 6. Juli eine WM-Performance in Oliv gegen Bundeswehreinsätze im Inneren zu sehen. Dabei spielten stahlhelmbewehrte Jugendliche in olivfarbenen Trikots und Hosen auf einem abgegrenzten Feld Fußball. Das Match wurde gepfiffen von einem Double des Bundespräsidenten Horst Köhler (Günter Wangerin), der immer wieder rote Karten verteilte. An den Ecken des Feldes waren Abfallkörbe aufgestellt, in denen jeweils ein großes Grundgesetz zu erkennen war. WM-Touristen beobachteten die Vorgänge mit Interesse und feuerten die „Spieler“ immer wieder an oder gaben kritische Kommentare ab.

Die Kunstaktion war organisiert vom „Arbeitskreis gegen Rechts“ in der Gewerkschaft Verdi und knüpfte an den grundgesetzwidrigen Einsatz der Bundeswehr bei der Fußballweltmeisterschaft an.

Sie richtete sich im weiteren Sinne gegen die geplante Umdefinition des Begriffs Verteidigung, die den Einsatz der Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung auch ohne vom Parlament beschlossene Grundgesetzänderung vorsieht.

Hedwig Krimmer, Verdi-Arbeitskreis gegen Rechts ■

Eine Ausstellung des engagierten Künstlers Günter Wangerin („Masken und Bilder fürs Wohnzimmer“) ist derzeit in München in der Galerie Pich zu s ehen. (www. Peterpich. de/galerie/aktuell)

Fotos von der Aktion auf dem Stachus

KSK auflösen!

Am 17. Juli besuchte Tobias Pflüger, Europaparlamentarier für die Linkspartei. PDS, die Elitetruppe der Bundeswehr, das Calwer Kommando Spezialkräfte (KSK). Tobias Pflüger zu seinem Besuch:

Mein Besuch beim KSK verlief in freundlicher Atmosphäre, hat aber meine deutliche Kritik am Kommando Spezialkräfte bestätigt, wie ich sie im Rahmen meiner Arbeit für die Informationsstelle Militarisierung (IMI) immer wieder analysiert habe: Die Spezialtruppe KSK hat einen reinen Kampfauftrag und agiert de facto außerhalb parlamentarischer Kontrolle. Das KSK ist damit eine Truppe der Exekutive. Die Forderung nach sofortiger Auflösung dieser Elitekampftruppe ist dringeder denn je.

KSK-Chef Brigadegeneral Rainer Hartbrod, der mich beim Kommando Spezialkräfte empfangen und begleitet hat, hat leider einige Kernfragen im Zusammenhang mit dem KSK nicht beantwortet. So dürfe er grundsätzlich keine Aussagen zu Einsätzen machen.

Bezüglich der parlamentarischen Kontrolle des KSK sprach Hartbrod davon, dass er nicht wisse, wie die parlamentarische Kontrolle genau ablaufe, er sich aber sicher sei, dass sie gesichert wäre. Das kann nicht angehen, dass der KSK-Chef Hartbrod nicht einmal sagen kann (oder darf?), wem gegenüber er über die aktuellen Einsätze berichtspflichtig ist.

Die Frage, was das KSK bei seinen Kampfeinsätzen mit Gefangenen macht, konnte mir Brigadegeneral Hartbrod nicht schlüssig beantworten. Dass Gefangene örtlichen Gerichtsbarkeiten oder Sicherheitsleuten übergeben würden, ist in Bezug z.B. auf Afghanistan wenig glaubwürdig. Was US-amerikanische Truppen, die auch den Oberbefehl bei der Operation Enduring Freedom innehaben, mit einigen Gefangenen machen (Stichworte: Bagram und Guantanomo), ist bekannt. Somit gibt es einen (völkerrechtlichen) Graubereich, in dem das KSK operiert. Auch Brigadegeneral Hartbrod schloss nicht aus, dass es in kriegerischen Auseinandersetzungen zu Dingen kommt, die nicht sein sollten.

Die KSK-Einsätze werden vom „Kommando Führung Operationen von Spezialkräften (Kdo FOSK) in Potsdam geleitet. Dieses Kommando ist eine parallele Kommandozelle, parallel zur Leitung aller anderen Auslandseinsätze der Bundeswehr im Einsatzführungskommando.

Das politische Resultat meines Besuches beim KSK ist sowohl für mich, als auch für die Anti- und Friedensbewegung völlig klar: Wir müssen weiterhin auf die Auflösung des KSK hin arbeiten.

PM Tobias Pflüger ■

„Ciao, voyou!“

Die französische Rechte hat Schwierigkeiten mit der Nationalmannschaft, die „zu großen Teilen aus Söldnern“ bestehe

Nein, nicht alle Franzosen sind über den Ausgang des Endspiels der Fußball-WM traurig. Manche Franzosen, obwohl just als Nationalisten bekannt, freuen sich geradezu über die Niederlage. Ihre Diagnose: Zu viele „Minderwertige“ waren in dieser Nationalmannschaft. Den Begriff würden sie so nicht verwenden, aber sinngemäß ist genau dies gemeint; denn von „Ausländern“ etwa lässt sich nun wirklich kaum sprechen. Ob schwarze Franzosen aus den Übersee-Départements (DOM), in Frankreich geborene Kinder von Einwanderern oder Linke – sie alle gehören zweifellos zur Nation im traditionellen französischen Sinne, zur Nation aller ihrer Staatsbürger unabhängig von Herkunft und Abstammung dazu. Aber das hindert Einige nicht daran, gleichwohl nicht von ihnen repräsentiert werden zu wollen, ja sich hämisch über ihr Scheitern kurz vor dem Ziel zu freuen.

„Ciao, voyou!“ (Tschüs, Ganove!) hatte die rechtsextreme Wochenzeitung *Minute* am12.7. auf ihr Titelblatt geschrieben – und hatte es nicht freundlich gemeint. Damit meinte das Blatt den nunmehr pensionierten Nationalspieler Zinedine Zidane. Der scheidende französische Mannschaftsführer habe seine Herkunft aus einer Vorstadt (Banlieue) nicht ablegen können, heißt es im Hinblick auf seinen Kopfstoß kurz vor Spielende gegen den italienischen Spieler Marco Materazzi. In Wirklichkeit stammt Zidane gar nicht aus einer Banlieue, sondern aus einem ärmeren Viertel innerhalb von Marseille, La Castellane: Die Mittelmeermetropole kennt, anders als andere französische Großstädte wie Paris und Lyon, nicht die strikte Trennung zwischen „eigentlicher“ Stadt im Zentrum und Banlieue als Peripherie um sie herum, sondern die Unterschichtsbezirke liegen innerhalb des Stadtgebiets. (Viele Beobachter sind sogar der Auffassung, diese unterschiedliche Struktur habe in Marseille während der Vorstadt-Unruhen vom vorigen November größere Ausschreitungen verhindert, im Gegensatz zu den Banlieues von Paris und Lyon.)

Ein ungenannt bleibender Funktionär des rechtsextremen Front National (FN) wird in der Mittwochsausgabe der Tageszeitung *Libération* mit den Worten zitiert: „Die Römer haben Gallier besiegt, die nicht wirklich Galliern ähneln.“ Es ist in Frankreich seit einigen Jahren üblich, umgangssprachlich oder spaßend die Herkunftsfranzosen als „Gallier“ zu bezeichnen, was einen ironischen oder selbstironischen Zug hat.

Ein ehemaliger Parteifreund von ihm verbreitet solcherlei Vorstellungen öffentlich unter seinem vollen Namen: Bernard Antony, der bis vor kurzem den katholisch-fundamentalistischen Flügel innerhalb des FN anführte und wegen innerparteilicher Querelen derzeit seine Mitgliedschaft ruhen lässt. Seine Anhänger sind in der auflagenschwachen, rechtsextrem-katholischen Tageszeitung *Présent* sehr präsent. Antony, der als Verehrer des früheren spanischen Diktators Francesco Franco gilt und das öffentliche Leben gern einer dem Katholizismus entsprungenen Zwangsmoral unterordnen würde, benutzte früher das Autorenpseudonym Romain Marie (Römisch Marie), um seinen römisch-katholischen Anspruch besonders zu betonen. An „römische Größe“ fühlt er sich im Moment zurück erinnert: „Man wird den Sieg (der italienischen Mannschaft) im Circus Maximus feiern, wie in den besten Epochen des Reiches. Es wird nur Zidane der Afrikaner fehlen, in Ketten gelegt wie dereinst Vercengetorix der Gallier.“ Ansonsten, so fügt Bernard Antony in seiner Erklärung hinzu, fühle er sich nicht „von irgendeinem Sportpatriotismus (berührt), der eine zu großen Teilen aus Söldnern bestehenden Mannschaft gilt, die man die Bleus nennt. Ich sehe also nicht mit totaler Zerknirschung auf den italienischen Sieg.“

Diese Zitate belegen anschaulich, dass die Rechtsextremen sich in Wirklichkeit nicht so sehr auf die Nation beziehen – jedenfalls nicht jene im französischen republikanischen Sinne, dem ja ansatzweise ein universalistischer Anspruch zugrunde liegt –, sondern viel mehr auf die Idee einer Rassennation, einer Gemeinschaft der angeblich „Höherwertigen“. Schon ihre historischen Vorläufer zogen es vor, angesichts einer „Mischlingsrepublik“ und der in den späten 30er Jahren amtierenden Linksregierung lieber die Kollaboration mit dem stärkeren Nazideutschland vorzubereiten, schon vor dem Eintritt der militärischen Niederlage. In jüngerer Zeit hat die extreme Rechte sich zwar vor allem als „national“ oder „nationalistisch“ bezeichnet, da der Ausdruck des Rassismus, wird er explizit als Begriff benutzt, in breiten Kreisen eher verpönt ist. Aber in Situationen wie der jetzigen kommt ihre Präfenz für die „Rasse“ statt für die Nation, die von Herkunft und Hautfarbe ihrer Staatsbürger abstrahiert, klar zum Vorschein.

Nicht die erste Pöbelei

Schon im Juni 1996 hatte FN-Parteichef Jean-Marie Le Pen während der damaligen Europameisterschaft erklärt, er halte es für „künstlich, dass man Leute aus dem Ausland kommen lässt und sie ‚französische Nationalmannschaft‘ tauft“. Damals hatte er sich noch nicht unmittelbar über ihre Hautfarbe ereifert, sondern darüber, dass die meisten Spieler angeblich nicht die Marseillaise trällern mochten, also „zum Großteil nicht die Nationalhymne singen oder sie offenbar nicht beherrschen“. Dieses Jahr hatte er wieder zu poltern begonnen: Am 26. Juni gab Le Pen ein Kommuniqué heraus, in dem er sich darüber auslässt, dass die Franzosen sich nicht zugunsten ihrer Nationalelf mobilisierten, „weil (sie) sich durch die Mannschaft nicht völlig vertreten sehen“. Denn, so fuhr Le Pen fort, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, „der Trainer hat den Anteil farbiger Spieler übertrieben, vielleicht hätte er auf diesem Gebiet mehr Maß walten lassen sollen, vielleicht sind seine ideologischen Vorlieben mit ihm durchgegangen“. Der französische Nationaltrainer Raymond Domenech ist als konsequenter Linker bekannt; seine Vorfahren waren katalonische Franco-Gegner, die nach dem Ende des Spanischen Bürgerkriegs (1936-39) nach Frankreich hatten fliehen müssen. Domenech dankte im übrigen dem dienstältesten Politiker der Fünften Republik – Le Pen saß zum ersten Mal 1956 im französischen Parlament – und Präsidentschaftskandidaten für seine Äußerungen, indem er Jean-Marie Le Pen kurzerhand öffentlich als „Volldeppen“ bezeichnete. Und hinzufügte: „Es gibt zu viele Idioten in der Politik, ihn vor allem.“

Am 5. Juli hatte die rechtsextreme Wochenzeitung *Minute* nachgelegt und, den Vorstoß Le Pens unterstützend, von ihrem Titel herab gefragt: „Gibt es zu viele Schwarze in der Mannschaft Frankreichs?“ Das Blatt gab drei Gründe an, warum angeblich ein Problem mit den Bleus bestehe: Erstens könnten die Zuschauer am anderen Ende der Welt, die nicht wüssten, „wie ein Franzose aussieht“, glauben, dass die typischen Franzosen schwarz seien. Zum Zweiten könnten die Weißen sich beim Anblick der Mannschaft diskriminiert fühlen, da sie nicht glauben könnten, dass auch sie es zu Fußballstars bringen können, sondern man dafür einer Minderheit angehören müsse. Und drittens gebe es eine politische Instrumentalisierung, da man 1998 infolge des damaligen WM-Siegs der Bleus in den Medien (und auf den Straßen) „La France black, blanc, beur“ gefeiert habe, also das Frankreich der Schwarzen, der Weißen und der Arabischstämmigen.

Keine Grundlage in der Realität

In Wirklichkeit war die diesjährige französische Nationalauswahl keineswegs eine „Ausländermannschaft“, wie manche Stimmen den Eindruck zu erwecken versuchten. Von 23 Spielern, die nach Deutschland fuhren, sind sieben in Frankreich geborene Söhne französischer Vorfahren. Ein achter, David Trézéguet, kam zwar in Argentinien auf die Welt, aber seine Familie war einige Jahrzehnte zuvor aus Frankreich dorthin ausgewandert. Insofern handelt es sich in gewissem Sinne um einen französischen Familienhintergrund, mit spezifisch baskischen und jüdischen Wurzeln. Fünf weitere Spieler sind Überseefranzosen, d.h. französische Staatsbürger wie etwa Thierry Henry oder Lilian Thuram, deren Familien aus den Übersee-

Départements (von den Antilleninseln Guadeloupe und La Martinique und aus Französisch-Guyana) stammen, die aber in zwei Fällen selbst im europäischen Frankreich auf die Welt kamen. Sieben Spieler stammen zwar aus Einwandererfamilien, sind aber alle in Frankreich geboren und nach dem dort vorwiegend geltenden ius soli (Bodenrecht) fraglos französische Staatsbürger. Das gilt für Zidane ebenso wie etwa für die schwarzen Spieler Alou Diarra oder Eric Abidal. Schließlich sind nur drei Spieler im Ausland geboren, wie etwa der Mittelfeldspieler Claude Makélélé, der im damaligen Zaire – der heutigen Demokratischen Republik Kongo – das Licht der Welt erblickte. Aber keiner von ihnen ist ein „frisch Eingebürgerter", sondern alle haben seit langen Jahren die französische Staatsangehörigkeit individuell erworben.

Den Vorwurf, es handele sich um eine „Söldnermannschaft", die man künstlich rund um den Globus zusammengestellt habe, muss man daher als Fantasievorwurf abstempeln. In einem Teil der Gesellschaft mag diese Diagnose noch mit einem Fragezeichen versehen werden, da die Hautfarbe nun einmal sichtbarer ist als die Staatsbürgerschaft. Aus der Ferne betrachtet mag ein schwarzer Überseefranzose von den Antilleninseln einem afrikanischstämmigen Einwandererkind ähneln. In Wirklichkeit gibt es aber gar keine oder so gut wie keine „rein schwarzen" Bewohner auf den Antillen, da die gesamte Bevölkerung dort sich längst vermischt hat – ganz am Anfang aufgrund von Vergewaltigungen schwarzer Sklavinnen durch ihre „Herren" oder weiße Bewohner der Inseln, später durch freiwillig eingegangene Beziehungen, auf jeden Fall dauert das Ganze seit Jahrhunderten. Aus der Nähe betrachtet unterschieden sich auch viele Antillais einerseits und der Großteil der Afrikaner andererseits vom physischen Aussehen erkennbar. Aber in den Augen eines Europäers, der unachtsam bleibt, mag vielleicht einzig die – im Vergleich zu ihm selbst – dunklere Hautfarbe ins Auge stechen.

Richtig ist, dass der Anteil der Menschen mit (etwas) dunklerer Hautfarbe in der französischen Nationalmannschaft größer ist, als er ihrem Prozentanteil an der Gesamtbevölkerung entsprechen dürfte. Dies kann aber nur im Zusammenhang mit der sonstigen Repräsentation dieser Bevölkerungsgruppe auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen betrachtet werden: In zahlreichen, vor allem besseren Jobs und Stellungen sind diese Menschen schlichtweg krass unterrepräsentiert. Für einen Dunkelhäutigen oder ein Einwandererkind bleibt es eben vielfach schwerer als für einen hellhäutigen Franzosen (oder auch Europäer aus einem anderen EU-Land), eine qualifizierte Position zu erlangen – auch wenn in den letzten Jahren manche Bemühungen um Verbesserungen gewirkt haben, zu deren spektakulärsten vielleicht die im März erfolgte Einsetzung eines „farbigen" Antillenfranzosen als Nachrichtensprecher in den 20-Uhr-Nachrichten beim ersten Fernsehkanal zählt. Eine Sportkarriere ist vielleicht noch immer jene gesellschaftliche Perspektive, die für jene, die die notwendigen Voraussetzungen dafür mitbringen, am wenigsten durch Diskriminierungen verbaut wird. Eine gewisse „Überrepräsentanz" in diesem Bereich ist daher allenfalls der schwache Schatten, den die „Unterrepräsentanz" derselben Gruppen in vielen anderen Bereichen wirft. Daher sind Kritiken, die erstere zu skandalisieren versuchen, über letztere aber schweigen, unqualifizierte Vorwürfe, ob sie nun von der extremen Rechten oder von anderer Seite kommen.

Auch italienischer Ex-Minister hetzt mit

Einer durfte nicht fehlen, um seinen Senf zu den in Frankreich anschwellenden Polemiken dazu zu geben. Der ehemalige „Reformminister" der rechtsradikal-regionalistischen Lege Nord im abgewählten Kabinett von Silvio Berlusconi, Roberto Calderoli, derzeit immerhin Vizepräsident des italienischen Senats, kommentierte den Ausgang des Endspiels Italien/Frankreich auf seine ureigene Art. Eine Mannschaft aus Piemontesen und Kalabresen, so meinte der auf regionale und (angeblich) rassistische Eigenheiten spezialisierte Politiker, mit „italienischer Identität" habe über die eines Frankreich siegen können, „das seine eigene Identität aufgeopfert hat, indem es Schwarze, Islamisten und Kommunisten aufgestellt hat".

Nach Anhaltspunkten in der Realität muss man bei einem Provokateur wie Calderoli gar nicht erst suchen. Von keinem der Spieler ist bekannt, dass er auch nur entfernte Sympathien für den Islamismus hätte. Zur moslemischen Konfession zugehörig ist wahrscheinlich Zidane – der allerdings Kabyle ist, also zur algerischen Berberminderheit gehört, die weitaus eher laizistische als religiöse Neigungen hat –, aber mit Bestimmtheit ein „weißer" Spieler: Franck Ribery. Der 23-jährige Ribery ist zum Islam konvertiert und mit einer maghrebinischstämmigen Frau verheiratet, die allerdings kein Kopftuch trägt, sondern blond gefärbte Haare. Der aus Boulogne-sur-Mer in der industriellen Krisenregion Nord-Pas de Calais stammende Spieler repräsentiert jenen Teil der weißen Unterschicht im ehemaligen französischen Kohle- und Stahlrevier, der in den letzten 20 Jahren einen rasanten sozialen Abstieg zusammen mit den Arbeitsimmigranten in dieser Region erlebt hat. Ein Teil dieses „white trash", der vom wohlhabenden Teil der Mehrheitsgesellschaft sozial und lebensweltlich weiter entfernt ist als von seinen eigenen Nachbarn mit Migrationshintergrund, hat sich auch auf der Ebene der kulturellen und (zum Teil) der religiösen Werte an die Einwanderer angenähert. Dieses Phänomen trifft man vor allem im Nord-Pas de Calais an, da diese Region durch ihr sehr schnelles Umkippen in eine Krisenregion – infolge des Abbaus der Stahlindustrie – nicht so stark die „Entmischung" aus „einheimischer" Unterschicht und Migrationsbevölkerung erlebt hat wie anderswo. In anderen Regionen – wie teilweise im Gürtel rund um Paris – konnten die Weißen noch rechtzeitig wegziehen, wenn der soziale Absturz einer Region oder Ortschaft drohte, und leichter anderswo Arbeitsplätze finden als die Migranten, die in einer Verarmungsspirale gefangen wurden.

Am Dienstag legte der Rechtsaußenpolitiker nochmals nach. Ganz im Sinne seiner Äußerungen vom Vortag sagte Calderoli: „Es ist nicht mein Fehler, wenn Barthez lieber die ‚Internationale' singt als die ‚Marseillaise', und wenn einige Spieler Mekka gegenüber Bethlehem vorziehen." Ob seine Behauptung über die Vorliebe von Barthez für die „Internationale" zutrifft, ist ungewiss. Fest steht bisher nur, dass Jean-Marie Le Pen sich im Juni dieses Jahres bereits darüber ereifert hatte, dass der Mann die französische Nationalhymne nicht mitsinge. Ob dies aber darauf zurückzuführen ist, dass der Mann andere eindeutige politisch-musikalische Vorlieben hat – oder aber an mangelndem „Bock" oder an dem ihm manchmal nachgesagten griesgrämig-einzelgängerischen Temperament, ist nicht geklärt.

Frankreich hält zu Zidane

Unklar ist auch, ob eventuell Aussprüche, die von ähnlichem Geiste zeugen, seitens des Spielers Marco Materazzi zum Ausbruch Zinedine Zidanes kurz vor dem Spielende geführt haben. Das Onlineportal des Wochenmagazins ‚Le Nouvel Observateur' bot fünf alternative Interpretationen zur Auswahl an, und mancher Beobachter wollte in den Bildmitschnitten von der Szene auf den Lippen des italienischen Spielers lesen können. In Wirklichkeit wusste man dagegen tagelang wenig darüber, was wirklich vorgefallen war.

Wenn die Beobachter auch nicht wirklich wussten, was vorgefallen waren, so konnten sie doch benennen, was in mediterranen Gesellschaft – ob in der italienischen oder kabylischen, südfranzösischen oder gar korsischen übrigens – als gravierendster Ehrverstoß gilt, nämlich der abfällige Hinweis (unter Männern) auf die Mutter oder die Schwester des anderen. Am Dienstag verbreitete France Soir die Version, die beide Aspekte kombinierende Bezeichnung „Sohn einer terroristischen Hure" habe Zidane aus der Fassung gebracht. Die Vereinigung SOS Racisme hat in Paris bereits angekündigt, bei der FIFA Beschwerde gegen Materazzi zu erheben, falls der rassistische Charakter der Beleidigung erwiesen werden könne.

Zinedine Zidane selbst hat im französischen Fernsehsender Canal + nur bestätigt, es habe sich um eine schwere Beleidigung „für meine Mutter und meine Schwester" gehandelt, ohne aber deren Inhalt benennen zu wollen. Damit müssen vorläufig alle Spekulationen offen bleiben. Aber vielleicht ist das sogar besser so...

Bernhard Schmid, Paris ■

Nazidemo Weimar

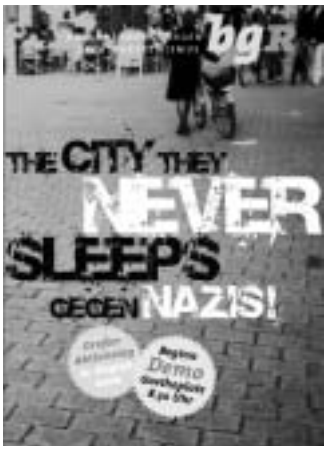
Weimarer Nazis haben sich nun einen „neuen Namen“ gegeben und nennen sich nun auch „Anti-Antifa“. Sie mobilisieren überregional zur Teilname an einer „Doppeldemo“ am 12.8. in Weimar, die sich gegen das „Antifacamp“ und gegen die „Gerberstraße“ wendet. Allerdings rechnen sie wohl selber nicht mehr mit einer „Doppeldemo“ da sie auf ihrer Website an anderer Stelle von nur einer Demo sprechen, die am 12.8. / 10 Uhr am Hauptbahnhof beginnen soll.

Ein weiterer Grund am diesjährigen „Antifacamp Weimar/Buchenwald“ teilzunehmen, da dies zum Abschluss auch noch die Aufgabe hat diese Provokation der Nazis zu verhindern.

Das Antifacamp bietet allen Antifaschisten die Möglichkeit, auch schon Tage vorher anzureisen und sich ohne Anreisestress und Zeitdruck im größeren Kreis besser als sonst gründlich auf die antifaschistischen Widerstandsaktionen vorzubereiten. Deshalb rufen wir alle AntifaschistInnen auf zum Antifacamp zu kommen und mit uns gemeinsam am 12.8. den geplanten Naziaufmarsch mit allen notwendigen Mitteln zu verhindern.

Unter www.antifacamp.de.vu findet ihr Informationen über das Antifacamp und auch neueste Infos zur Nazidemo. *mag*

Vorbereitungskreis des Antifacamps Weimar/Buchenwald ■



Die Gegendemonstration mit „open mic“, Protest und buntem Kulturprogramm beginnt um 8.30 Uhr auf dem Goetheplatz. Gemeinsam treten wir dann den Nazis entgegen – erscheint zahlreich: Weimar, the city they never sleeps gegen Nazis - erst recht am Samstag morgen, den 12.08.2006 um 8.30 Uhr! Wer sich mit Ideen, Redebeiträgen, Slam Poetry, Tanz, Musik, Protest oder Rap einbringen möchte, die/der wende sich an die Netzwerkstelle in Weimar – entweder per Mail: weimar-gegen-rechts@web.de oder: per Telefon: 03643 – 77 73 60

BgR/Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus bei Radio „Lotte in Weimar“ www.weimar-zeigt-sich.de ■

Proteste gegen Sozialabbau mit Nazibeteiligung

HALDENSLEBEN. Etwa 40 Menschen versammelten sich am 10. Juli in Haldensleben, Sachsen-Anhalt, am Mahnmal der Opfer des Faschismus zu einer Kundgebung gegen Sozialabbau und Hartz IV.

In den vergangenen Wochen hatte stattdessen eine „Montagsdemo“ zum Thema statt gefunden. Die Anmelderin verzichtete an diesem Tag auf eine Demonstration, da Nazis permanent versucht hatten bei dieser mitzulaufen.

Auch Proteste bei Polizei und dem für die Anmeldung zuständigem Ordnungsamt hatten an der Situation nichts geändert. Polizei und Ordnungsamt bestanden vielmehr darauf, dass den Nazis eine Teilnahme an der Demonstration ermöglicht werden müsse.

Kurz vor Beginn der Versammlung um 18:30 Uhr näherte sich eine Gruppe von etwa 15 Nazis aus dem Ohrekreis und dem Jerichoer Land geschlossen dem Ort der Kundgebung. Die anwesenden Menschen gingen auf Distanz und versammelten sich daraufhin um das Mahnmal. Die Nazis blieben neben der Kundgebung stehen und fotografierten mehrmals deren Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Die Polizei war zu diesem Zeitpunkt nicht direkt vor Ort und bemühte sich erst dorthin, nachdem sie telefonisch verständigt wurde. Während die Menschen auf der Kundgebung auf das Eintreffen der Polizei warteten, kamen weitere Nazis hinzu.

Der Polizei ist bekannt, dass es auf den vorangegangenen Demonstrationen mindestens zu Anfeindungen von Seiten der Nazis gegenüber den anderen, eher alternativen und linksorientierten, Teilnehmern und Teilnehmerinnen kam. Dass aus den verbalen Anfeindungen körperliche Attacken werden können, damit muss die Polizei rechnen. Somit besteht eine Bedrohung durch die Anwesenheit der Nazis für die restlichen Menschen auf den Demonstrationen und der Kundgebung. Angesichts der drei abgestellten Polizisten und den letztendlich fast 30 Nazis war wahrscheinlich, dass es keinen Ausschluss der Nazis durch die Polizei geben würde, um die Menschen auf der Kundgebung zu schützen. Die Anmelderin entschloss sich trotz Anwesenheit der Nazis die Kundgebung durchzuführen.

Nach Beendigung der Kundgebung wurde die Anmelderin mehrfach von den Nazis beleidigt. Als sich eine Mitarbeiterin des Magdeburger Vereins Miteinander e.V. dagegen aussprach, versuchte einer der Nazis ihr ihre Kamera zu entreißen. Dabei wurde das Objektiv der Kamera beschädigt. Der Täter konnte entkommen.

Pressemitteilung 10.7.06 Antifa Infoportal Magdeburg die-perfekte-welle@gmx.de http://www.a-i-p.tk ■

Verfolgtenorganisation fordert Gerechtigkeit für italienische Nazi-Opfer

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) hat Justizminister Goll in einem Brief aufgefordert, endlich für die Eröffnung des Verfahrens gegen die bereits in Italien verurteilten SS-Mörder des Massakers von St’Anna die Stazzema zu sorgen.

Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei ermitteln seit vier Jahren ergebnislos gegen zehn im letzten Jahr in La Spezia in Italien verurteilte Täter der 16. SS-Panzergrenadierdivision „Reichsführer SS“, darunter die in Baden-Württemberg lebenden Georg Rauch aus Rümmingen und Ludwig Göring aus Karlsbad-Ittersbach.

Am 12. August 1944 hatten 300 Angehörige der 16. Panzergrenadier-Division „Reichsführer SS“ das toskanische Dorf Sant’Anna di Stazzema überfallen und 560 Einwohner ermordert.

Für die VVN-BdA erscheint das bisherige Verhalten der zuständigen Staatsanwaltschaft Stuttgart eher als Verschleppungstaktik, denn als die gebotene zügige Strafverfolgung.

„Anders als z.B. bei der Verfolgung von jugendlichen Nazigegnern wegen des Tragens von Anti-Nazi-Symbolen wie durchgestrichenen Hakenkreuze ist in dieser wesentlich wichtigeren Sache bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft keinerlei Verfolgungseifer zu erkennen“, erklärte Dieter Lachenmayer, der Geschäftsführer der ältesten Organisation von NS-Verfolgten in der Bundesrepublik Deutschland. Es bedurfte offensichtlich erst einer Protestaktion gegen die Verschleppung des Verfahrens am 8. Mai vor der Staatsanwaltschaft, dass überhaupt die Prozessakten an die Anwältin der italienischen Nebenkläger übermittelt wurden.

Die VVN-BdA zählt auch auf Unterstützung aus den Landtagsfraktionen, denen das Schreiben an Justizminister Goll ebenfalls zugestellt wurde. Der SPD Landtagsabgeordnete Stephan Braun hatte bereits früher sein Unverständis über die Verschleppung des Verfahrens geäußert.

Am 12. August wird der Verband der Opfer von St’Anna den 62. Jahrestag des Massakers begehen. Die VVN-BdA erklärt, dass es eine überzeugende Botschaft der Landesregierung wäre, wenn bis dahin die Eröffnung des Verfahrens mitgeteilt würde. Um der Forderung nach Eröffnung des Verfahrens Nachdruck zu verleihen, ist eine landesweite Unterschriftensammlung gestartet worden.

Unterschriftenlisten bei VVN-BdA Baden-Württemberg, Böblingerstr. 195, 70372 Stuttgart

Mehr Informationen unter http://www.partigiani.de/ ■

Gericht lehnt Kopftuch-Verbot ab

STUTTGART. Eine muslimische Lehrerin an einer Stuttgarter Grund- und Hauptschule kann weiterhin mit Kopftuch unterrichten, wie sie es seit 1995 tut, ohne dass es je zu Konflikten mit den Eltern oder im Lehrerkollegium kam. Frau Graber unterrichtet seit 1976 an dieser Schule; sie war 1984 zum Islam konvertiert. Frau Graber ist Ansprechpartnerin für muslimische Mädchen und Eltern. Sie trat stets für religiöse Toleranz ein und sagte jetzt nach dem Urteil: „Ich werde auch weiterhin versuchen, muslimischen Mädchen zu mehr Selbstbewusstsein zu verhelfen."

Einen Konflikt hatte erst die Schulaufsicht geschaffen: Ähnlich wie in dem Fall der Referendarin Frau Ludin hatte die Schulaufsicht Frau Graber das Kopftuchtragen im Unterricht untersagt; das Verfahren ruhte allerdings, bis im letzten Jahr der baden-württembergische Landtag ein gesetzliches Kopftuchverbot verhängte.

Jetzt hat das Verwaltungsgericht Stuttgart das Verbot gegenüber Frau Graber aufgehoben. Das Gericht griff dabei nicht das Gesetz selber an, sondern die Behördenpraxis. Das Land Baden-Württemberg würde christliche und muslimische Lehrerinnen ungleich behandeln; das verstoße gegen Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Das Gericht führte als Beispiel an, dass an einer öffentlichen Schule in Baden-Württemberg verbeamtete Ordensschwestern in Nonnentracht unterrichten, also müsse auch das Kopftuch einer muslimischen Lehrerin toleriert werden. Die Behauptung des Landes, bei den Nonnen handle es sich um eine „Berufskleidung", während das Kopftuch ein Symbol der Frauenunterdrückung und des politischen Islams sei, ließ das Gericht nicht gelten. Die Bescheide des Landes seien rechtswidrig. Eine Berufung ließ das Gericht nicht zu.

Die Landesregierung hat angekündigt, mit einer Nichtzulassungsbeschwerde weiter zu klagen. Frau Schavan, Bundesbildungsministerin, und damals als Kultusministerin von Baden-Württemberg und Mitglied des ZK der Katholiken energische Betreiberin eines Kopftuchverbots, hat sich „verwundert" über das Gericht geäußert.

Die CDU ist in der Klemme: ein Verbot der Nonnentracht würde die Intention des baden-württembergischen Kopftuchverbots konterkarieren, der Zweck war ja ausdrücklich, christliche religiöse Symbole weiterhin zu erlauben.

alk ■

Bayern muss Kopftuch-Verbot jetzt abschaffen!

MÜNCHEN. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart ist für die Grünen im Bayerischen Landtag ein Anlass, die Abschaffung des Kopftuchverbots an bayerischen Schulen zu fordern. Die Landtagsfraktion wird beantragen, das Erziehungs- und Unterrichtsgesetz entsprechend zu ändern. „Die Bayerische Staatsregierung hat sich mit dem Gesetz in dieselben Fallstricke begeben wie der Gesetzgeber in Baden-Württemberg", sagt Christine Stahl, rechtspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion. „Bayern hat sich für eine Ungleichbehandlung der verschiedenen religiösen und weltanschaulichen Symbole entschieden. Wie das Verwaltungsgericht Stuttgart nun deutlich gemacht hat, ist dies nicht zulässig", sagt Christine Stahl weiter. Das bayerische Gesetz widerspreche dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom September 2003, das es dem Landesgesetzgeber nicht erlaubt, zwischen „guten" und „bösen" Religionen zu unterscheiden, sondern eine Gleichbehandlung für alle Glaubensbekenntnisse eingefordert hat. Nicht nur aus juristischen Gründen wollen die Grünen das Landesgesetz für ein Kopftuchverbot abschaffen: Das Kopftuch sei von der bayerischen Staatsregierung von Anfang an zum Symbol für Fundamentalismus stilisiert worden, kritisiert Christine Stahl. Es sei populistisch, Lehrerinnen allein aufgrund des Kopftuchs eine verfassungsfeindliche Grundhaltung zu unterstellen.

www.gruene-fraktion-bayern.de ■

Lagerleitung verbietet Flüchtlingsversammlung

MÜNCHEN/RIEM. In einer Asylunterkunft in Riem werden Flüchtlinge von der Leitung eingeschüchtert. Die BewohnerInnen wollten bei einem Treffen über die Teilnahme an der „International Refugee Human Rights Tour", die Ende des Monats stattfindet, beraten – um Missstände in der Unterkunft öffentlich zu machen.

In einem Aushang teilte die Leitung der Unterkunft mit, dass die Versammlung nicht angemeldet und daher nicht erlaubt sei. Eine Anmeldung ist jedoch gar nicht nötig: Die BewohnerInnen dürfen sich egal ob zum Fußballspielen, Picknicken oder politischem Treffen jederzeit versammeln – Schließlich ist es ihr zu Hause. Trotzdem drohte Unterkunftsleiter Peter Vogt in dem Aushang, dass ein „Verstoß gegen das Verbot zur Anzeige gebracht wird".

Polizisten in Zivil und Uniform befuhren am14. Juli immer wieder das Unterkunftsgelände und hielten nach der „Versammlung" Ausschau. Die Heimleitung betrat mit Uniformierten das Zimmer eines vermeintlichen Aktivisten, der jedoch nicht zu Hause war. Unterdessen trafen sich die Flüchtlinge nahe der Unterkunft, doch nur eine Handvoll BewohnerInnen kam zu der Versammlung.

„Die Leute haben jetzt Angst" erzählt ein Mann aus Nigeria, der namentlich nicht genannt werden möchte. Schon Anfang 2004 zeigten Menschenrechtsaktivisten dem Leiter Peter Vogt symbolisch die „Rote Karte", nachdem sich die Beschwerden über ihn häuften. ■

Orginialtext des Aushanges: (siehe auch Bild)

An alle Bewohner Schwankhardtweg 2
Aufruf zur Versammlung
am Freitag 14. Juli 2006
Die von unbekannten angekündigte Versammlung auf dem Gelände hier am Schwankhardtweg 2, 81829 München-Riem wird von uns als Hausherren nicht gestattet. Die nötige Erlaubnis wurde nicht eingeholt. Mit diesem Vorgehen ist die Regierung von Oberbayern nicht einverstanden. Ein Verstoß gegen dieses Verbot wird zur Anzeige gebracht.

Die Heimleitung
Regierung von Oberbayern
GU für Asylbewerber, Schwankhardtweg 2, 81829 München-Riem
Quelle: Lokalberichte München 15-06

SL redet von „Völkermord“ – Warum solch ein aggressives Motto beim Sudetendeutschen Tag?

Landsmannschaft gegen Prag-Besuch Stoibers

Die Christliche Union, insbesondere die CSU, investiert seit Jahrzehnten viel Geld und Kraft in die Pflege der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL). Sie tut das, weil diese Klientel und deren Umfeld einen beträchtlichen Anteil der bayerischen Wählerschaft ausmacht – vor allem aber, weil es für die Verfolgung bayerischer Außen- und christlichsozialer Vergangenheitspolitik kein nützlicheres Instrument gibt. Wie könnte man die Verbrechen der Nazis besser relativieren als durch die Behauptung, die Deutschen seien Opfer der „größten ethnischen Säuberung der Menschheitsgeschichte“ geworden? Und wäre Bernd Posselt im Europaparlament mehr als ein tragikomischer Held, wenn er nicht gleichzeitig Bundesvorsitzender der SL wäre und für seine Forderung nach einem „europäischen Volksgruppenrecht“ nicht das Schicksal der „sudetendeutschen Volksgruppe“ ins Feld führen könnte? Die Forderung – und die dahinter stehende Politik – dient dazu, geeignete Instrumente zu schaffen, um sich scheinbar rechtmäßig in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und, unter Ausnutzung vorhandener und künstlich geschürter ethnischer Konflikte, in diese hineinzuregieren.

Manchmal gibt es höhere Interessen

Die SL erfreut sich also eines besonderen Artenschutzes, der sie vor dem Aussterben bewahrt. Manchmal muss aber auch sie hinter höheren Interessen zurückstehen. Das war beispielsweise 1996 der Fall, im Vorfeld der Deutsch-Tschechischen Erklärung, die nach langwierigen Verhandlungen schließlich am 21. Januar 1997 unterzeichnet wurde. Die Erklärung enthält einen Passus, in dem die beiden Regierungen die Absicht bekunden, dass sie „ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“. Für die Kohl-Regierung bedeutete das hauptsächlich, dass sie – wie schon zuvor – von Staats wegen keine Entschädigungforderungen gegenüber Tschechien für das enteignete Vermögen der umgesiedelten Sudetendeutschen erheben und auch individuelle Forderungen nicht unterstützen werde (auch wenn sie die genannten Vermögensfragen weiterhin als „selbstverständlich offen“ betrachtete). Die SL wurde vom damaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) aufgefordert, die Vertretung individueller Entschädigungsansprüche als Vereinsziel aus ihrer Satzung zu streichen, andernfalls werde ihr die Anerkennung als gemeinnützige Organisation entzogen und der jährliche Millionensegen aus dem Steuersäckel gestrichen. Zähneknirschend kam die SL-Führung dieser Forderung nach. Bei der Abstimmung im Bundestag stimmten dann zahlreiche Vertreter von SL und anderen Vertriebenenverbänden, die für die Union im Bundestag saßen, gegen die Erklärung, wohl wissend, dass sie trotzdem verabschiedet werden würde. Kurz darauf begannen die Aktivitäten, die später zur Gründung der Sudetendeutschen Initiative und der Preußischen Treuhand führten, Organisationen, die ihre Aufgabe darin sehen, Maßnahmen zur Durchsetzung von Vermögensansprüchen zu organisieren – und mit den Landsmannschaften angeblich gar nichts zu tun haben.

Stoiber muss nach Prag

Zurzeit spielt sich ein ähnlicher Konflikt zwischen CSU und SL ab: Bis zu den Bundestagswahlen 2005 bzw. der darauf folgenden Bildung der großen Koalition und dem plötzlichen Rückzug von CSU-Chef Edmund Stoiber aus Berlin hatte die SL-Führung gehofft, der bayerische Ministerpräsident und Schirmherr der „sudetendeutschen Volksgruppe“ werde neuer deutscher Außenminister werden. Dieser Hoffnung wurde in der Sudetendeutschen Zeitung mehrfach Ausdruck gegeben, namentlich von SL-Chef Posselt. Die tschechische Regierung werde dann, so das Kalkül, den „Dialog mit den Sudetendeutschen“ nicht mehr mit dem Hinweis ablehnen können, ihr Verhandlungspartner sei ausschließlich die Bundesregierung.

Diese Hoffnung ist vorbei. Gleichzeitig kann Stoiber aber als bayerischer Ministerpräsident seine bisherige Linie, nur als „Moderator“ eines „direkten Dialogs“ zwischen der tschechischen Regierung und der „politischen Vertretung der sudetendeutschen Volksgruppe“ nach Prag zu fahren, nicht länger aufrechterhalten.

Aus der eigenen Partei und aus Unternehmerkreisen sieht er sich mit der Forderung konfrontiert, im Interesse der Weiterentwicklung der bayerisch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen das Verhältnis zu Prag zu normalisieren – auch wenn das vielen SL-„Amtsträgern“ nicht gefällt. Diese müssen nämlich befürchten, dass ihr Anspruch, als Exilregierung einer angeblich weiterbestehenden „sudetendeutschen Volksgruppe“ mit 3,5 Millionen Angehörigen ein völkerrechtliches Subjekt darzustellen und, unabhängig von der Bundesregierung, völkerrechtlich verbindliche Verträge schließen zu können, dabei unter die Räder gerät.

Dem bisherigen tschechischen Premierminister Jiæí Paroubek (CSSD) blieb diese Sachlage natürlich nicht verborgen, höflich lud er Stoiber zu einem Treffen ein. Politisch angeschlagen und bedrängt von Rivalen in der eigenen Partei, blieb Stoiber gar nichts anderes übrig, als die Einladung anzunehmen.

SdT: Kritik von innen und außen

Der Sudetendeutsche Tag (SdT) 2006 stand im Zeichen dieses Konflikts. Für das traditonell zu Pfingsten stattfindende Großereignis wählte die Bundesversammlung der SL (nach eigenem Verständnis das „Exilparlament der sudetendeutschen Volksgruppe“) im November das Motto „Vertreibung ist Völkermord – Dem Recht auf die Heimat gehört die Zukunft“. „Selbst in den Jahren des Kalten Krieges war das Motto eines Sudetendeutschen Tages nie so aggressiv wie diesmal“, urteilte Martin Schulze Wessel, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität München, Ko-Vorsitzender der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission und Leiter des Collegium Carolinum, Forschungsstelle für die böhmischen Länder, die ihren Sitz direkt über der SL im Sudetendeutschen Haus in München hat. Und er fuhr fort: „Das Motto wird den deutsch-tschechischen Beziehungen schaden.“ Genau das war sein Zweck. Es sollte heftige Reaktionen in Prag auslösen, die Atmosphäre vergiften und es Stoiber als nicht ratsam erscheinen lassen, unter diesen Umständen nach Prag zu reisen. So ähnlich wie 2002, als der Streit über Äußerungen des tschechischen Premierministers Zeman dazu geführt hatte, dass Bundeskanzler Schröder seine geplante Pragreise absagte.

Kritik kam jedoch nicht nur von außen. Der SL-Bundesvorstand musste seine eigene zentrale Veranstaltung beim Sudetendeutschen Tag, die ursprünglich das Thema „60 Jahre Vertreibung“ haben sollte, in eine Podiumsdiskussion über das Motto umfunktionieren. Von den vier prominenten Podiumsteilnehmern, die dazu Stellung bezogen, äußerten sich drei ablehnend: der Armenier Mihran Dabag, Leiter des Zentrums für Genozidforschung an der Ruhruniversität Bochum (ansonsten Unterstützer der BdV-Pläne für ein Vertreibungszentrum in Berlin), Adolf Ullmann, Bundesvorsitzender der Ackermanngemeinde (katholische Gesinnungsgemeinschaft in der SL), und Albrecht Schläger (Generalse-

Stoiber beim Sudetendeutschen Tag:

...

„Aber ebenso klar ist: Ich bin Ihr Schirmherr. Ich bin Ihr Anwalt gegenüber Tschechien. Ich fühle mich Ihnen zutiefst verbunden und verpflichtet. Sie können darauf vertrauen, dass ich in allen Gesprächen mit der tschechischen Regierung Ihre Anliegen einbringen werde. Und Sie können darauf vertrauen, dass mich bei einem offiziellen Besuch nach Prag Sudetendeutsche begleiten werden... In Bayern haben die Sudetendeutschen ihr Haus in München als geistig-kulturelles Zentrum. Sie haben eine potente Stiftung. Sie haben ein zuverlässiges Schirmland. Haus, Stiftung und Schirmland sind eine gute Basis für die zukünftige Arbeit der Volksgruppe. Noch mehr als bisher muss in Zukunft diese Arbeit nach außen wirken, in die deutsche und in die tschechische Öffentlichkeit hinein. ...Außenwirkung entfaltet in besonderer Weise auch ein Museum. Andere große Vertriebenengruppen haben inzwischen ein eigenes Landesmuseum, wie zum Beispiel die Schlesier in Görlitz oder die Pommern in Greifswald. Ich denke, es ist an der Zeit, dieses Projekt auch für die Sudetendeutschen anzupacken ... Ein sudetendeutsches Museum ist ein bedeutendes historisches und geistiges Zukunftsprojekt. Auch große Werke beginnen mit einem ersten Schritt. Und den wollen wir jetzt tun. Es ist ein Zeichen der bayerisch-sudetendeutschen Solidarität. Auf diese Solidarität können Sie sich verlassen."

kretär des Sudetendeutschen Rates und Ko-Vorsitzender der Seliger-Gemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten in der SL). Ungeteilte Unterstützung fand das Motto nur bei den Mitgliedern des Witikobundes, der rechtsextremen deutsch-nationalen Gesinnungsgemeinschaft, die noch immer in den Führungsgremien der Landsmannschaft zahlreiche und wichtige Posten besetzt.

Eine Gratwanderung für Stoiber

Für Edmund Stoiber war sein Auftritt beim SdT unter diesen Umständen eine Gratwanderung. Während vor der Nürnberger Messehalle eine Gruppe Neonazis mit einem Transparent „Sudetendeutsche – für Stoiber und Posselt nur Stimmvieh" unzufriedene Teilnehmer des SdT für NPD, DVU oder ähnliche zu werben versuchte, bemühte sich Stoiber, den „Schulterschluss zwischen den Sudetendeutschen und dem Freistaat Bayern" so eng wie eh und je erscheinen zu lassen und seine Reise nach Prag einfach als Fortführung seiner bisherigen Politik zu verkaufen. Gleichzeitig versuchte er den Eindruck zu erwecken, als sei Prag dabei, einzulenken und die Forderung nach einem „direkten" Dialog zu akzeptieren. Statt von einem „sudetendeutsch-tschechischen Dialog" wie beim Sudetendeutschen Tag 2005 sprach er allerdings nun von einem „politischen Dialog zwischen Tschechien und Bayern unter Beteiligung der Sudetendeutschen".

Als Themen für seine Gespräche, „ob im Böhmerwald, ob im Rahmen der grenz-überschreitenden Gartenschau Markt-redwitz-Eger, ob in Prag oder in Bayern", nannte Stoiber die bekannten Forderungen nach Aufhebung der sog. Beneš-Dekrete. Aber natürlich weiß er, dass dieses Thema nicht auf der offiziellen Tagesordnung stehen wird. Wie zu erwarten, machte sich Stoiber die Aussage „Vertreibung ist Völkermord" nicht zu eigen.

Die CSU fährt zweigleisig

Auch Bernd Posselt (CSU) vermied es, in seiner Ansprache bei der Hauptkundgebung ausdrücklich zu dem Motto Stellung zu beziehen. (Bei anderer Gelegenheit, z.B. in seinem Einführungsbeitrag bei der zentralen Podiumsdiskussion am Samstagnachmittag, verteidigte er es).

Anders SL-Sprecher Johann Böhm. Er wies Kritik an dem Motto zurück, erklärte aber, es sei anders gemeint, als es allgemein verstanden wird. „Genozid, Völkermord, ist ein Fachausdruck, der einen völkerrechtlichen Tatbestand umschreibt. Dieser Tatbestand setzt nicht voraus, dass die Mitglieder eines Volkes oder einer Volksgruppe umgebracht werden; er ist nicht mit ‚Massenmord' gleichzusetzen, wie es beim Holocaust der Fall war. Dieser Tatbestand ist dann erfüllt, wenn eine Volksgruppe als kulturelle und soziale Einheit ausgelöscht werden soll. Genau diese Absicht stand hinter der Vertreibung." Ein billiger Trick. Denn die Assoziation „Vertreibung" gleich „Völkermord" gleich „Massenmord" wird bewusst von der SL in die Köpfe getrichtert, der historische Zusammenhang und die wirklichen Absichten, die mit der Umsiedlung verfolgt wurden, dagegen ausdauernd beschwiegen.

Im Gegensatz zu Stoiber, der einen großen Teil seiner Rede den „positiven Veränderungen" widmete, die er in der tschechischen Politik sah, warnte Böhm davor, die „ermutigenden Signale aus Prag" überzubewerten. Prag müsse endlich das „Unrecht der Vertreibung" anerkennen, die auf der Ebene der „Volksdipomatie" bestehenden Kontakte und Aktivitäten müssten in einen „Dialog der tschechischen Regierung mit den Repräsentanten der Sudetendeutschen Landsmannschaft münden", beharrte er.

Auch Böhm ist Mitglied der CSU. Hat er sich mit seiner Rede in Widerspruch zu seinem Parteivorsitzenden gestellt? Kurzfristig vielleicht. Aber die CSU will auch ihr Instrument nicht stumpf machen. Wenn deutsche Expansions- und Hegemonialbestrebungen demnächst wieder einen harten Ton gegenüber Tschechien angebracht erscheinen lassen, muss die SL wieder Biss zeigen. Sie wird ihre Funktion weiterhin erfüllen.

Stoiber versprach ihr dafür die Erfüllung eines langgehegten Wunsches: Die Einrichtung eines Sudetendeutschen Museums in München.

Renate Hennecke ■
aus: Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr. 73 / 2006

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Iraner lügen nicht

Nation & Europa Juli-August 2006

Die in der deutschen Linken umstrittene Frage (die unter iranischen Demokrat (inn)en längst eindeutig negativ beantwortet wurde), ob man sich angesichts der angedrohten US-Aggression mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad solidarisieren müsse, kann nach Lektüre der Sommerausgabe von „Nation & Europa“ auch für Antifaschist(inn)en als beantwortet gelten. Bereits auf der Titelseite des Heftes, die sein Konterfei ziert, wird aus einem „Spiegel“-Interview des Präsidenten zitiert: „Das deutsche Volk trägt heute keine Schuld. Warum darf das deutsche Volk nicht das Recht haben, sich zu verteidigen? Warum werden die Verbrechen einer Gruppe so betont, anstatt vielmehr das große deutsche Kulturerbe herauszustellen? Warum sollen die Deutschen nicht das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern?“. Die Antwort der antisemitischen Zeitschriftenmacher ist eindeutig: „Danke, Herr Präsident!“.

Wie dankbar die deutsche Rechte dem iranischen Staatsoberhaupt ist, zeigt die Länge von ANTON VERGEINERs Beitrag „Ahmadinedschad verteidigt das deutsche Volk: Danke, Herr Präsident“, der mehr als sechs Seiten umfasst. Nachdem die wichtigsten geschichtsrevisionistische Aussagen aus dem „Spiegel-Interview des Präsidenten zitiert werden, kommt Vergeiner zur Herzenssache der deutschen Neonazis, der Relativierung des millionenfachen Judenmordes der Nazis und der (noch nicht gegebenen) Möglichkeit, diese straffrei zu vertreten. Zuerst wird über „Zensur“ geklagt. Dann nennt der Autor die Urheber der angeblichen Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die, Vergeiner greift dabei ein überaus beliebtes antisemitisches Grundmuster auf, geldgierigen Juden: „Es griffe zu kurz, den Grund für die Aufregung um Ahmadinedschad allein darin zu suchen, daß er mit seinen Fragen die Bewältigungsroutine gefährdet. Die ‚Holocaust-Industrie‘, so die deutsche Übersetzung des US-Bestsellers von Norman Finkelstein, gilt weltweit als einträgliches Geschäft...“.

Im Gegensatz zu den Juden spielt Geld für Muslime (jedenfalls dann, wenn es sich bei ihnen nicht um in Deutschland lebende handelt) natürlich keine Rolle: „Man wird Ahmadinedschad, dem gläubigen Moslem, unterstellen dürfen, daß es ihm um pekuniäre Dinge erst in zweiter Linie geht“. Iraner sind nämlich wahrheitsliebend weil – sie „Arier“ sind! „Persien, der heutige Iran, pflegt eine jahrtausendealte Tradition der Wahrheitsliebe. Sie rührt zum einen daher, daß die Perser indogermanischen Ursprungs sind, mithin verwandt mit Römern, Griechen und Germanen... Nicht umsonst legen Iraner noch heute, in Zeiten der Islamischen Republik, großen Wert auf ihre ‚arischen‘ Wurzeln...“.

Aber es geht dem Verfasser um mehr als die übliche Holocaust-Relativierung, es geht mal wieder um deutsche Weltmacht: „...ließe sich ein geostrategischer Trumpf gegen hegemoniale Zumutungen gewinnen; eine ‚Achse der Freiheit und Gleichberechtigung‘ gegen die Lügen- und Terror-Achse der anderen. Sie könnte an historische Vorbilder anknüpfen, deren Erinnerung in der muslimischen Welt immer noch lebendig ist. Anders als Engländer, Franzosen und Amerikaner sind die Deutschen nie als Unterdrücker des Islam in Erscheinung getreten. Dieser Fundus des Vertrauens, den Deutschland noch nach über einem halben Jahrhundert Bundesrepublik in der moslemischen Welt besitzt, ließe sich unschwer als Kernstück einer künftigen Weltallianz freier Völker revitalisieren, deren gemeinsame Bedrohung durch die Globalisierung und durch Washingtons ‚One-World‘-Ambitionen offenkundig ist.“

Die neue Freundschaft gilt allerdings nur für die Außenpolitik – nach innen heißt es weiter „Ausländer raus“: „Der derzeit prominenteste Verteidiger der Deutschen gegen ihre immerwährende Schuldknechtschaft ist Moslem. Man muß diesen Gesichtspunkt hervorheben, weil die Millionen von Moslems, die mittlerweile in der Bundesrepublik leben, ohne Frage das Zeug zur ethnisch-demographischen Zeitbombe haben, die auf die eine oder andere Weise entschärft werden muß, so lange es noch geht. Nur: Das Problem ist kein religiöses. Der Islam ist kein Feind der Deutschen.... Innenpolitische Probleme und außenpolitische Chancen sind zweierlei“.

Bei „Globalisierungs“kritik lohnt es sich für Demokrat(inn)en genauer hinzusehen, aus welcher Ecke sie kommt, denn nicht überall wo Kritik an der „Globalisierung“ draufsteht, ist fortschrittliches, antikapitalistisches Gedankengut drin. Das zeigt auch und gerade Dr. JOHANNES SCHULZEs Beitrag „Schöner Schein der Demokratie: Wer vertritt das Gemeinwohl?“: „Auch die US-Amerikaner haben nach Europa nicht mehr Kultur gebracht als einst die Römer nach Athen. Hießen die vormaligen Götter Kontinental-Europas ‚Volkswirtschaften‘, müssen sie nun dem amerikanischen Gott weichen. Sein Name: ‚Privatwirtschaft‘... Es geht um Anpassung an US-amerikanische Verhältnisse; sie sollen zum globalen Maßstab werden. Das Gemeinvermögen, von vielen Generationen hart erarbeitet und einst von Beamten und Politikern mit preußisch-deutschem Berufsethos geschützt, wird zur kurzfristigen Reduzierung unverantwortlich angehäufter Schulden verschleudert. Man darf von nationalem Ausverkauf sprechen“.

Der Autor unterschlägt, dass es für abhängig Beschäftigte völlig gleichgültig ist, ob sie von einem amerikanischen oder deutschen Konzern zum Zwecke der Profitmaximierung arbeitslos gemacht werden. Wer vom Kapitalismus nicht reden will sollte von Globalisierung schweigen.

Nur wenige Seiten weiter stellt HANS KOPATSCH in seinem Beitrag „Mehr Steuern, mehr Schulden, mehr Umverteilung: Kollabiert die BRD?“ die Darstellung der wirtschaftlichen Interessen wieder vom Kopf auf die Füße:

„Technisch qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse legen zu; geringer qualifizierte Arbeitsplätze werden parallel dazu aber in wesentlich stärkerem Umfang abgebaut. Daraus erwächst zunehmender ‚Umverteilungsbedarf‘. Somit werden die Leistungsansprüche gegen die produktive Leistungselite immer weiter erhöht und ihr Ertrag aus der persönlichen Leistung zunehmend geschmälert.... Nach Wolfram Engels, dem ehemaligen Chefredakteur der ‚Wirtschaftswoche‘, gibt es idealtypisch nur zwei soziale Organisationsformen: Markt und Bürokratie.... Der umverteilende Sozialstaat ist nicht weniger bürokratisch als eine Parteidiktatur, und deshalb sind die Wirkungen adäquat“.

Da sind das rechte und das radikalliberale Weltbild gleich: Es gibt eine „Leistungselite“ auf der einen und Versager auf der anderen Seite – das ist ein natürliches Verhältnis und wirtschaftliche Umverteilung bedeutet Diktatur. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507